

BERICHT DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

ANLAGE ZUM BERICHT DES GENERALESEKRETÄRS

24. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS
13. – 15. NOVEMBER 2011 | LEIPZIGER MESSE

CDU



VORWORT

Wenn wir in Leipzig zu unserem Bundesparteitag zusammenkommen, können wir nach zwei Jahren christlich-liberaler Bundesregierung feststellen: Die CDU hat Wort gehalten. Deutschland ist gestärkt aus der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgegangen. Unserem Land geht es gut. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt deutlich und wir kommen mit der Haushaltskonsolidierung gut voran. Wir haben die Weichen gestellt für eine weitere gute Entwicklung unseres Landes. Wir investieren in Bildung und Forschung und unterstützen Familien, zum Beispiel mit der Erhöhung des Kindergeldes und dem Ausbau der Kinderbetreuung. Es ist an uns allen, über diese Erfolge auch öffentlich zu sprechen. Zur Halbzeit der Wahlperiode haben wir Bilanz gezogen, umfangreiche Materialien von der Broschüre über die Wandzeitung bis zum Redenentwurf erarbeitet und den Parteigliederungen zur Verfügung gestellt.



Zugleich treffen wir uns in einer Zeit großer Herausforderungen. Vor allem die Bewältigung der Schuldenkrise in Europa fordert uns. Unser Ziel als Europapartei ist, dass auch Europa gestärkt aus der Krise hervorgeht. Nachdem Rot-Grün Griechenland wider besseres Wissen in den Euro-Raum aufgenommen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht hat, ist es die Union, die für strengere Regeln sorgt. Damit der Euro eine starke Währung bleibt, sind wir bereit, notleidenden Staaten zu helfen. Im Gegenzug erwarten wir aber strenge Sparmaßnahmen in den betroffenen Staaten. Über die nötigen Maßnahmen zur Stabilisierung unserer Währung, über die Zukunft Europas, aber auch über den beschleunigten Umstieg in die Erneuerbaren Energien haben wir unter anderem bei sechs Regionalkonferenzen mit unserer Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, intensiv diskutiert. Damit haben wir auch die Beratung und Beschlussfassung zur Europapolitik bei diesem Bundesparteitag vorbereitet.

Darüber hinaus beraten wir ein weiteres Zukunftsthema – die Bildungspolitik. Gute Bildung für jedes Kind ist von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft geht. Abnehmende Schülerzahlen, die Integration von Kindern aus Zuwandererfamilien und die Erfordernisse der Wissensgesellschaft verlangen von uns eine Weiterentwicklung unserer bewährten und erfolgreichen Bildungspolitik. Wir setzen auf ein leistungsorientiertes, differenziertes und durchlässiges Bildungssystem, lehnen rot-grüne Einheitsschulpläne entschieden ab. Wir bekennen uns zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, stehen zum Gymnasium und sehen in einer möglichen Zusammenführung von Haupt- und Realschulbildung – mit beiden

Abschlüssen – unter einem Dach eine gute Möglichkeit, differenzierte Schulangebote gerade im ländlichen Raum dauerhaft zu sichern. Darüber haben wir zum Beispiel bei vier Bildungskonferenzen engagiert diskutiert.

Zusätzlich haben wir erstmals exklusiv für unsere Mitglieder die Möglichkeit geschaffen, sich im CDUnet an der Antragsberatung für die beiden Leitanträge zu beteiligen. Wir freuen uns darüber, dass viele Mitglieder dieses Angebot angenommen haben, ebenso wie über die hohe Akzeptanz unserer bewährten Informationsangebote: Des Online-Magazins UNION, des Internet-Video-Kanals CDU.TV, der Profile bei Facebook und des CDU-Kanals bei Twitter.

Anspruch der CDU ist es, auf neue Herausforderungen wertorientierte Antworten zu geben. Dabei lassen wir uns leiten von unserem christlichen Verständnis vom Menschen. Auf dieser Grundlage müssen wir immer wieder um die richtigen Antworten für unser tägliches politisches Handeln ringen. Darüber haben wir uns auch in diesem Jahr bei Gesprächen des CDU-Präsidiums mit Vertretern beider großen christlichen Kirchen ausgetauscht. Das war auch ein zentrales Thema beim Empfang der CDU Deutschlands anlässlich des Besuchs von Papst Benedikt XVI. in Deutschland. Aufschluss über die Bedeutung des „C“ für das politische Handeln von Mitgliedern des CDU-Bundesvorstandes gibt eine zu diesem Parteitag vorgelegte Broschüre.

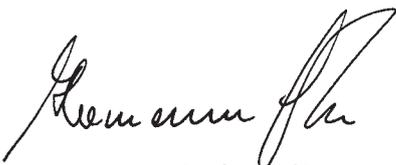
In diesem Jahr blicken wir auch auf ein Wahljahr mit Licht und Schatten zurück. Wir haben schmerzhaft Niederlagen einstecken müssen, besonders bitter beim Verlust der Regierungsverantwortung in Baden-Württemberg trotz eines guten Wahlergebnisses von fast 40 Prozent. Wir haben aber auch wichtige Erfolge erzielt. So konnte die CDU in Rheinland-Pfalz ihr Ergebnis verbessern. Wir freuen uns, dass die CDU in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ihre erfolgreiche Regierungsarbeit fortsetzen kann. In Berlin wurde Rot-Rot abgewählt, die CDU ist auf einem guten Weg, wieder Verantwortung in unserer Hauptstadt zu übernehmen. Das ist ein gutes Signal zum Abschluss dieses Wahljahres! Wir danken allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern für ihren Einsatz für die Landtags-, aber auch die verschiedenen Kommunalwahlen in diesem Jahr.

Um auch in Zukunft bei Wahlen erfolgreich bestehen zu können, arbeiten wir intensiv an der Arbeits- und Aktionsfähigkeit unserer Partei. Aus diesem Grund haben wir im Rahmen einer Organisationsanalyse alle CDU-Kreisgeschäftsstellen befragt, um die Serviceangebote der CDU-Bundesgeschäftsstelle noch besser auf die Bedürfnisse vor Ort auszurichten und die innerparteiliche Kommunikation

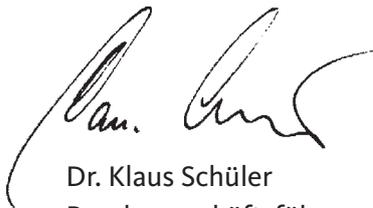
weiter zu verbessern. Mit dem „Aktionsplan Volkspartei 2020“ wollen wir unsere digitalen Angebote und unsere Präsenz in den Sozialen Netzwerken verstärken. Darüber hinaus wollen wir die Verankerung der CDU in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen fördern und mit den auf diesem Parteitag vorgestellten Materialien neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die CDU gewinnen. Entsprechende Unterlagen halten wir für Sie am Stand der CDU-Bundesgeschäftsstelle bereit. Wir laden Sie herzlich zu einem Besuch ein!

Der folgende Geschäftsbericht legt nur Rechenschaft ab über einen kleinen Teil der Aktivitäten der CDU Deutschlands. Denn die CDU lebt vor allem vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder in den rund 11 000 Ortsverbänden unserer Partei. Wir danken den vielen ehrenamtlichen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kreis-, und Landesgeschäftsstellen sowie der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin für Ihren Einsatz für die CDU und hoffen auch weiterhin auf ihre tatkräftige Unterstützung.

Berlin, 14. November 2011



Hermann Gröhe MdB
Generalsekretär



Dr. Klaus Schüler
Bundesgeschäftsführer

INHALT

| | Seite |
|--|-------|
| 1. Gremien | |
| 1.1 Präsidium | 6 |
| 1.2 Bundesvorstand | 6 |
| 1.3 Bundesfinanzkommission | 7 |
| 1.4 Haushaltsausschuss | 7 |
| 1.5 Bundesparteigericht | 7 |
| 2. Kommissionen und Konferenzen | |
| 2.1 Kommission „Bildung“ | 8 |
| 2.2 Kommission „Mobilität“ | 9 |
| 2.3 Kommission „Europa“ | 9 |
| 2.4 Bundesfachausschüsse, Gesprächs- und Arbeitskreise | 10 |
| 2.4.1 Bundesfachausschüsse | 10 |
| 2.4.2 Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen | 15 |
| 2.4.3 Gesprächskreise | 15 |
| 2.5 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz | 17 |
| 3. Veranstaltungen und Aktionen | |
| 3.1 Regionalkonferenzen | 18 |
| 3.2 Bildungskonferenzen | 18 |
| 3.3 Berliner Gespräch | 19 |
| 3.4 Fachgespräche zur Energie- und Finanzpolitik | 19 |
| 3.5 Veranstaltung zur Medienpolitik/MediaNight der CDU | 20 |
| 3.6 Empfang aus Anlass des Besuches Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. | 20 |
| 3.7 Aktion Halbzeit der Legislaturperiode | 20 |
| 3.8 Ländlicher Raum und Große Städte | 21 |
| 3.9 Weitere Veranstaltungen der Vorsitzenden und des Generalsekretärs der CDU Deutschlands | 22 |
| 4. Wahlkämpfe | |
| 4.1 Unterstützung der Wahlkämpfe für Landtage | 23 |
| 4.2 Unterstützung von Kommunalwahlkämpfen | 24 |

5. Öffentlichkeitsarbeit

| | | |
|------|---|----|
| 5.1 | Mitgliedermagazin UNION | 25 |
| 5.2 | UNION Zeitung | 25 |
| 5.3 | Union in Deutschland (UiD) | 26 |
| 5.4 | Online-Kommunikation | 26 |
| 5.5 | CDU.TV | 30 |
| 5.6 | Mobiles Internet | 30 |
| 5.7 | Mediaservice | 31 |
| 5.8 | Informationsmaterial/Werbemittel/Aktionen | 32 |
| 5.9 | CRM | 33 |
| 5.10 | Team Bürgerservice | 33 |
| 5.11 | Pressearbeit | 34 |

6. Interne Kommunikation und Service

| | | |
|-----|---|----|
| 6.1 | Landesgeschäftsführerkonferenzen | 34 |
| 6.2 | Kreisvorsitzenden-/Kreisgeschäftsführer-Konferenzen | 34 |
| 6.3 | Kreisgeschäftsführer-Seminare | 35 |
| 6.4 | Kampagnenakademie | 36 |
| 6.5 | Organisationsanalyse | 36 |
| 6.6 | Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus | 37 |

7. Mitgliedschaft

| | | |
|-------|--|----|
| 7.1 | Mitgliederwerbekampagne | 38 |
| 7.2 | Mitgliederentwicklung | 39 |
| 7.2.1 | Mitgliedschaft insgesamt | 39 |
| 7.2.2 | Mitgliedschaft nach Alter und Geschlecht | 39 |
| 7.2.3 | Mitgliedschaft nach Regionen | 40 |
| 7.2.4 | Mitgliedschaft nach Strukturen | 40 |

| | | |
|----|-----------------------------|----|
| 8. | Politischer Arbeitskalender | 41 |
|----|-----------------------------|----|

1. GREMIEN

1.1 Präsidium

Das Präsidium der CDU Deutschlands kam seit dem 23. Bundesparteitag in Karlsruhe bis einschließlich 13. November 2011 zu 28 Sitzungen und Telefonschaltkonferenzen zusammen. Neben dem Bericht zur aktuellen politischen Lage durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands wurden unter anderem folgende Themen behandelt:

- Beratung der „Mainzer Erklärung – Im Interesse der Menschen – Für eine moderne Standortpolitik“
- Beratung des Antrags „Religionsfreiheit weltweit durchsetzen“
- Beratung des Antrags „Den Umstieg wagen – Wegmarken in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien“
- Beratung der Ergebnisse der Kommission „Bildung“
- Beratung des Antrags „Bildungsrepublik Deutschland“ an den 24. Parteitag vom 14. bis 15. November 2011 in Leipzig
- Beratung der Ergebnisse der Kommission Europa
- Beratung des europapolitischen Antrags „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ an den 24. Parteitag vom 14. bis 15. November 2011 in Leipzig
- Beratung von „Die CDU steht für die Freundschaft mit Amerika und eine unverbrüchliche transatlantische Partnerschaft“. Erklärung zum 10. Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September 2001
- Energiekonzept der Bundesregierung
- Entwicklung der außenpolitischen Lage im Maghreb und im Nahen Osten
- Entwicklung der Europäischen Union
- Entwicklung der Sozialen Sicherungssysteme
- Jahresplanung 2011
- Lage der öffentlichen Haushalte
- Mitgliederentwicklung der CDU Deutschlands
- Präimplantationsdiagnostik (PID)
- Steuerpolitik

- Tagungen des Europäischen Rates
- Tarifpolitik
- Vorbereitung des 24. Parteitags in Leipzig
- Vorbereitung und Analyse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, der Bürgerschaftswahlen in Bremen und Bremerhaven sowie in Hamburg und der Abgeordnetenhauswahl in Berlin
- Währungspolitik
- Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Welt

Im Berichtszeitraum haben zudem folgende „außerordentliche“ Sitzungen stattgefunden:

- Die Sitzung am 15. Januar 2011 fand im Rahmen der Klausurtagung des Bundesvorstands in Mainz statt
- Gespräch mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 11. Mai 2011
- Gespräch mit dem Geschäftsführenden Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 8. September 2011
- Gespräch mit der Deutschen Bischofskonferenz am 15. September 2011
- Gespräch mit dem Präsidium des Zentralrates der Juden in Deutschland am 27. September 2011

1.2 Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 14 Sitzungen und zu einer Klausurtagung vom 14. bis 15. Januar 2011 in Mainz zusammen. Neben dem Bericht der Vorsitzenden zur aktuellen Lage wurden in den Sitzungen u. a. folgende Themen behandelt:

- Vorbereitung der Klausurtagung des Bundesvorstands vom 14. bis 15. Januar 2011 in Mainz
- Beschluss des Etats der Bundesgeschäftsstelle 2011 und zur mittelfristigen Finanzplanung
- Rechenschaftsbericht 2009
- Nachbereitung des 23. Parteitags in Karlsruhe: Beratung der überwiesenen 77 Anträge

- Berichte aus den wahlkämpfenden Landesverbänden
- Beratung und Beschluss von „Mainzer Erklärung – Im Interesse der Menschen für eine moderne Standortpolitik“ und Wahlauf Ruf „Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser“
- Beratung und Beschluss „Religionsfreiheit weltweit durchsetzen“
- Bericht des Generalsekretärs zur Jahresplanung 2011
- Gespräch mit Prof. Dr. Udo Ungeheuer, Vorsitzender des Vorstands der SCHOTT AG, und Herrn Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)
- Wahl der Mitglieder des Haushaltsausschusses
- Neuberufung in die Bundesfinanzkommission
- Ergebnisse des Europäischen Rates vom 24. bis 25. März 2011
- Beratung und Beschluss „Den Umstieg wagen – Wegmarken in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien“
- Energiepolitik
- Ergebnisse der Arbeit der Kommission „Bildung“
- Beratung und Beschluss des Antrags „Bildungsrepublik Deutschland“ an den 24. Parteitag am 14. und 15. November 2011
- Gespräch mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, S.E. Philip D. Murphy
- Beratung und Beschluss „Die CDU steht für die Freundschaft mit Amerika und eine unverbrüchliche transatlantische Partnerschaft“. Erklärung zum 10. Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September 2001
- Nachbereitung des 23. Parteitags in Karlsruhe 2010: Beratung und Beschlussfassung zu Überweisungen an den Bundesvorstand
- Vorbereitung des 24. Parteitags in Leipzig 2011: Beschlussfassung zu Regularien und zwei Anträgen zu Satzungsänderungen an den 24. Parteitag
- Beratung und Beschlussfassung des europapolitischen Antrags „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ an den 24. Parteitag
- Vollzugsbericht der überwiesenen Anträge des 23. Parteitags in Karlsruhe 2010 gemäß § 26 GO

1.3 Bundesfinanzkommission

Vorsitzender: Bundesschatzmeister
Dr. Helmut Linssen

Im Berichtszeitraum fand eine Sitzung am 16. Februar 2011 statt. Dabei wurde das Thema Innerparteilicher Finanzausgleich für das Jahr 2011 behandelt.



1.4 Haushaltsausschuss

Vorsitzender: Bundesschatzmeister
Dr. Helmut Linssen

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt drei Sitzungen, am 21. Februar 2011, am 18. Juli 2011 und am 17. Oktober 2011, statt. Dabei wurden folgende Themen behandelt:

- Mittelfristige Finanzplanung der Bundespartei 2011 – 2014
- Sachstandsbericht zur Prüfung von möglichen Verstößen gegen das Parteiengesetz in Parteilgliederungen
- Gemeinsamer Antrag des Generalsekretärs, des Bundesschatzmeisters und des Finanzbeauftragten an den Bundesvorstand zur Änderung des laufenden Etats 2011 gem. § 26 Absatz 3 der FBO
- Rechenschaftsbericht 2010
- Aufstellung des Etats der Bundespartei für 2012
- Mittelfristige Finanzplanung der Bundespartei 2012 – 2015

1.5 Bundesparteigericht

Vorsitzender: Präsident des Landgerichts a. D.
Dr. Friedrich August Bonde
Stellvertreter: Richter am Bundesgerichtshof a. D.
Karl-Friedrich Tropf
Geschäftsführer: Justitiar Peter Brörmann



Das Bundesparteigericht der CDU trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen in Berlin am 23. November 2010, 15. März 2011 und 27. September 2011 zusammen.

Aus der Zeit vor dem Berichtszeitraum waren vier Parteigerichtsverfahren anhängig (Parteiausschluss, Wahlanfechtung, Bestimmung eines Landesparteigerichts, Feststellung).



Während des Berichtszeitraums wurde das Bundesparteigericht in sieben Parteigerichtssachen angerufen. Diese betrafen zwei Wahlanfechtungen, ein Parteiausschlussverfahren, ein Rehabilitationsverfahren, ein Einstweiliges Anordnungsverfahren, ein Verfahren betreffend die Zuweisung an einen Ortsverband und in zwei Verfahren die Benennung des zuständigen Landesparteigerichts.



Zurzeit ist beim Bundesparteigericht noch ein Parteigerichtsverfahren anhängig, dessen Gegenstand eine Wahlanfechtung ist.

2. KOMMISSIONEN UND KONFERENZEN

2.1 Kommission „Bildung“

Vorsitzende: Bundesministerin
Prof. Dr. Annette Schavan MdB
Vorsitzender: Staatsminister
Prof. Dr. Roland Wöllner MdL
Geschäftsführerin: Ruth Kirsch

Zuletzt signalisierte der 23. Parteitag der CDU Deutschlands vom 15. bis 16. November 2010 in Karlsruhe einen wachsenden innerparteilichen Diskussionsbedarf zum Thema Bildung. Dies belegten insbesondere die bildungspolitischen Anträge der Landesverbände Sachsen und Schleswig-Holstein sowie ein umfangreicher Antrag der Kommunalpolitischen Vereinigung.

Deshalb setzte der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung Mitte Januar in Mainz eine eigene Kommission „Bildung“ unter dem Vorsitz der Stellvertretenden Parteivorsitzenden, Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Annette Schavan MdB, und des sächsischen Kultusministers, Prof. Dr. Roland Wöllner MdL, ein. Sie sollten für den Bundesvorstand neue bildungspolitische Leitsätze unter dem Titel „Bildungsrepublik Deutschland“ vorbereiten. Ziel war es, die CDU im Bereich der Bildungspolitik programmatisch zu modernisieren und Antworten zu geben auf die vor uns liegenden Herausforderungen, wie demografischer Wandel, Integration, Mobilität und Globalisierung.

Um angesichts der komplexen Thematik in der Sache schnell voranzukommen, waren in der Kommission „Bildung“ neben den beiden Vorsitzenden lediglich sechs weitere Mitglieder vertreten.

Die Kommission „Bildung“ kam am 11. Februar 2011 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. In insgesamt fünf weiteren Sitzungen wurde das Papier „Bildungsrepublik Deutschland“

erarbeitet und am 6. Juni 2011 beschlossen. Nachdem die Vorsitzenden der Kommission „Bildung“ den Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation über zentrale Inhalte der neuen bildungspolitischen Leitsätze informiert und Anregungen aufgenommen hatten, kam der Bundesfachausschuss zu einer weiteren Sitzung zusammen und beschloss am 26. Mai zwei Stellungnahmen an die Kommission „Bildung“. Anschließend verabschiedete der Bundesvorstand am 27. Juni 2011 den Antrag „Bildungsrepublik Deutschland“ an den 24. Parteitag in Leipzig. In vier Bildungskonferenzen in Hamburg, Wiesbaden, Saarbrücken und Berlin hatten die Mitglieder Gelegenheit, sich mit den beiden Kommissionsvorsitzenden, dem CDU-Generalsekretär sowie weiteren Experten zu dem Antragsentwurf auszutauschen.

Da Bildung alle betrifft, eröffnete die CDU Deutschlands mit dem Start der ersten Bildungskonferenz am 22. August 2011 in Hamburg allen ihren Mitgliedern die Chance, über dieses Thema mitzureden, mitzudiskutieren und eigene Vorschläge einzubringen. Dazu startete sie im CDU-Mitgliedernetz eine eigene Partizipationsplattform. Die fünf am besten bewerteten Vorschläge pro Kapitel brachte Generalsekretär Hermann Gröhe MdB in die Beratungen der Antragskommission ein.

2.2 Kommission „Mobilität“

Vorsitzender: Ministerpräsident
Stefan Mappus MdL
(bis 30. Juni 2011)
Ministerpräsident
Stanislaw Tillich MdL
(seit 1. Juli 2011)
Stellv. Vorsitzender: Parl. Staatssekretär
Enak Ferlemann MdB
Geschäftsführer: Heribert Hennemann
Geschäftsführerin: Monika Bendig-Krebs

Der CDU-Bundesvorstand setzte auf seiner Klausurtagung Mitte Januar 2011 eine Kommis-

sion „Mobilität“ unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Stefan Mappus MdL, ein. Die Kommission konstituierte sich am 1. März 2011. Sie hat im Berichtszeitraum zunächst ihre Arbeitsstruktur und –schwerpunkte beraten und sich unter ihrem neuen Vorsitzenden, Ministerpräsident Stanislaw Tillich MdL, das Ziel gesetzt, ein Konzept zu entwickeln, das Antworten auf die vielfältigen Fragen zur Zukunft des Verkehrs gibt. Besonderes Augenmerk soll auf die Themenbereiche „Infrastruktur und Vernetzung der Verkehrsträger“ sowie „Zukunft der Mobilität“ gelegt werden. Dazu werden auch externe Experten eingeladen. Die Kommission hat den Verkehrsinvestitionsbericht 2010 der Bundesregierung beraten sowie Möglichkeiten zur Behebung der Defizite der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung diskutiert.

Zudem sind vom Bundesvorstand an die Kommission überwiesene Anträge des 23. Parteitags beraten worden. Die im Antrag „Zukunftsfähige Strategien für moderne Mobilität“ formulierten „Fragestellungen für die Kommission“ werden in der weiteren Arbeit der Kommission ebenso wie die in drei Anträgen geforderte Pkw-Maut berücksichtigt.

2.3 Kommission „Europa“

Vorsitzender: Generalsekretär
Hermann Gröhe MdB
Geschäftsführerin: Dr. Nadja Kroha
Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

Aufgrund des anhaltenden politischen Abstimmungsbedarfs über finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Schuldenkrise in den Ländern des Euro-Raums haben Präsidium und Bundesvorstand am 22. August 2011 eine Kommission mit der Aufgabe eingesetzt, einen europapolitischen Leit Antrag für den Parteitag in Leipzig zu entwerfen. Er wurde vom Bundesvorstand am 24. Oktober 2011 verabschiedet und danach umgehend allen Gliederungen zur Verfügung gestellt. Sie hatten im



Rahmen einer außerordentlich verlängerten Antragsfrist bis zum 2. November 2011 die Möglichkeit für Änderungsanträge.

Insgesamt fanden zwei Sitzungen statt. Auf der konstituierenden Sitzung haben die Mitglieder der Kommission die grundlegende Ausrichtung des Antrags diskutiert. Es gab einen breiten Konsens, dass der Antrag die Position der CDU als die deutsche Europapartei profiliert darstellen sollte. Aufgrund der außerordentlich kurz bemessenen Arbeitsperiode haben die Mitglieder intensiv davon Gebrauch gemacht, Vorschläge schriftlich einzureichen. Zusammen mit den Diskussionsbeiträgen der Sitzungen am 15. September und 12. Oktober 2011 bildeten sie die Grundlage für die Beschlussvorlage zu den Beratungen des Präsidiums und des Vorstandes der CDU Deutschlands.

2.4 Bundesfachausschüsse, Gesprächs- und Arbeitskreise

2.4.1 Bundesfachausschüsse



Bundesfachausschuss Innenpolitik und Integration

Vorsitzender: Minister
Uwe Schünemann MdL
Stellvertreter: Bülent Arslan
Stellvertreter: Reinhard Grindel MdB
Geschäftsführer: Dr. Jean Angelov



Auf der konstituierenden Sitzung am 24. November 2010 benannte der Vorsitzende drei Themenbereiche, mit denen sich der Bundesfachausschuss vor allem beschäftigen sollte: 1. Kampf gegen Extremismus, Islamismus und Terrorismus, Entwicklung einer ganzheitlichen Anti-Terror-Strategie. 2. Weiterentwicklungen im Bereich des Ausländerrechts und der Zuwanderungssteuerung und 3. Integrationspolitik entlang des zentralen Leitsatzes des „Förderns und Forderns“. Zur Beratung der angesprochenen Themenbereiche wurden entsprechende

Arbeitskreise eingerichtet, unter dem Vorsitz von Minister Uwe Schünemann MdL, Reinhard Grindel MdB und Bülent Arslan.

Neben einer Reihe von insgesamt sieben Arbeitskreissitzungen fand im Berichtszeitraum eine weitere Sitzung des Plenums am 8. November 2011 statt. Sie diente dazu, die in den drei Arbeitskreisen entstandenen Zwischenergebnisse anhand von Papieren, Präsentationen und Berichten zu beraten und zum Teil auch zu beschließen. So forderte der Bundesfachausschuss die Entwicklung einer vernetzten nationalen Sicherheitsstrategie, zu der die Bereiche Terrorismusbekämpfung, Organisierte Kriminalität, Cyberkriminalität und Katastrophenschutz gehören. Darüber hinaus wurden ein Positionspapier zur Bekämpfung der Seepiraterie beschlossen sowie Eckpunkte zur Zuwanderung ausländischer Fachkräfte diskutiert. Für den Bereich Integration wurden die Schwerpunktthemen Islam, Staatsangehörigkeitsrecht, Schule/Beruf/Arbeitsmarktintegration, Ausbau der Kinderbetreuung und Gesundheit/Alter/Pflege genannt.

Bundesfachausschuss Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik

Vorsitzender: Dr. Joachim Pfeiffer MdB
Stellvertreter: Ministerpräsident
Dr. Reiner Haseloff MdL
Geschäftsführer: Mathias Hübscher
Geschäftsführerin: Dr. Nadja Kroha

Der Bundesfachausschuss Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik der 17. Legislaturperiode konstituierte sich am 15. Dezember 2010. Im Berichtszeitraum fanden insgesamt vier Sitzungen statt.

In der konstituierenden Sitzung wurde beschlossen, sechs Arbeitsgruppen einzurichten, die zu den Themenbereichen Ordnungspolitische Grundsätze, Rohstoffe, Europa, Haushalt, Unternehmertum/Innovation sowie Finanzmarktregulierung Eckpunkte erarbeiten sollen. Im Rahmen der AG-Arbeit fanden mehrere Tele-

fonkonferenzen sowie ein Fachgespräch zum Thema „E-Payment/Mobile Payment“ mit Experten von Verbänden und Unternehmen statt.

Ebenfalls im Rahmen der konstituierenden Sitzung wurde der gemeinsame Beschluss mit dem Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik „Thesen zur Überwindung der Staatsschulden- und Finanzmarktkrise“ diskutiert und anschließend im Umlaufverfahren beschlossen.

In der Sitzung am 13. April 2011 sprach Klaus Regling, Chef der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), zum Thema „Von der EFSF zum ESM – Stabile Zukunft für den Euro?“. Alexander Artopé, Mitgründer eines Privatkredit-Portals, gab unter der Überschrift „Zukunft der Mittelstandsfinanzierung – Online-Kredit von Privat statt Hausbank?“ einen Einblick in das Geschäftsmodell von Online-Kreditportalen und berichtete über den Nutzen solcher Plattformen für kleine und mittlere Unternehmen.

In einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt- und Energiepolitik sowie den Generalsekretären der Landesverbände und den Bundesgeschäftsführerinnen und Bundesgeschäftsführern der Vereinigungen am 2. Mai 2011 beschäftigte sich der Bundesfachausschuss mit dem Energieumstieg. An der Sitzung nahmen auch Generalsekretär Hermann Gröhe MdB, der stellvertretende Parteivorsitzende, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Norbert Röttgen MdB, und der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Ronald Pofalla MdB, teil. Diese Sitzung sowie das am Abend desselben Tages in größerem Rahmen durchgeführte energiepolitische Fachgespräch leisteten einen wichtigen Impuls bei der Meinungsbildung im Vorfeld des energiepolitischen Beschlusses des Bundesvorstands „Den Umstieg wagen – Wegmarken in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien“ vom 9. Mai 2011.

In seiner Sitzung am 27. September 2011 beschloss der Bundesfachausschuss Positionspapiere zur Sozialen Marktwirtschaft und zum

Deutschen Corporate Governance Kodex und diskutierte mit dem Leiter Europapolitik im Bundesfinanzministerium, Dr. Thomas Steffen.

Bundesfachausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorsitzender: Parl. Staatssekretär
Peter Bleser MdB
Stellvertreter: Staatsminister
Frank Kupfer MdL
Stellvertreterin: Ministerin
Dr. Juliane Rumpf MdL
Geschäftsführerin: Gabriele Hopp



Im Berichtszeitraum hielt der Bundesfachausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zwei Sitzungen ab – am 11. April 2011 und am 17. Oktober 2011.

Zum Themenschwerpunkt Verbraucherpolitik führte der Bundesfachausschuss ein Gespräch mit dem Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Gert Billen, und dem Vorstand der Stiftung Warentest, Dr. Werner Brinkmann, über aktuelle Herausforderungen der Verbraucherpolitik. Er positionierte sich im Vorfeld des Bundesparteitags 2011 zur Verbraucherbildung und stellte zum Leitantrag des Bundesvorstands „Bildungsrepublik Deutschland“ einen Antrag zur Aufnahme der Verbraucherbildung in das Bildungskonzept.

Im Bereich Landwirtschaft beschäftigte sich der Bundesfachausschuss mit der Rolle der Bioenergie im Zuge der neuen Energiepolitik, mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2013 und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Tierhaltung, einschließlich des Tierschutzes in Deutschland. Zu allen drei Themen wurden Positionspapiere verabschiedet.

Der Bundesfachausschuss beschäftigte sich ebenso mit dem CDU-Diskussionspapier „Heimat gestalten – Programm für lebendige ländliche Räume“ und hat Vorschläge zu dessen Weiterentwicklung erarbeitet.



Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Vorsitzende: Ministerpräsidentin
Annegret Kramp-Karrenbauer MdL
Stellvertreterin: Michaela Noll MdB
Geschäftsführerin: Dr. Adelheid Gliedner-Simon



Im Berichtszeitraum fanden drei Sitzungen des Bundesfachausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend statt, am 28. Januar 2011, 20. Mai 2011 und am 23. September 2011.

In Anknüpfung an den Beschluss des Parteitag 2010 „Faire Chancen – für jedes Kind!“ beschäftigte sich der Bundesfachausschuss mit der Umsetzung des Beschlusses und erstellte eine Zusammenfassung der Forderungen, die die Bundes-, Landes- und die kommunale Ebene betreffen. Die Landesfachausschüsse wurden angeschrieben und auf die Aufgaben hingewiesen, die die Landesebene betreffen. Der Bundesfachausschuss beteiligt sich an der Gestaltung einer Veranstaltung, die gemeinsam mit der Kommunalpolitischen Vereinigung im Konrad-Adenauer-Haus am 24. November 2011 durchgeführt wird und auf der Kommunen gelungene Beispiele zur Verbesserung der Situation bedürftiger Kinder vorstellen werden. Darüber hinaus ist geplant, Handreichungen für die Kommunen zu entwickeln.

Mit Aspekten des demografischen Wandels und seinen Herausforderungen für die Politik befasste sich der Bundesfachausschuss auf der Basis eines Referates von Frau Prof. Dr. Ursula Lehr. In diesem Kontext stellte Dieter Hackler, Abteilungsleiter Senioren im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Konzept der Familienpflegezeit vor.

Weitere Themen waren die Auseinandersetzung mit Engagementpolitik und dem Bundesfreiwilligendienst, bei deren Erörterung u. a. Dr. Jens Kreuter, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, zu Gast war. Der Bundesfachausschuss

bot im Berichtszeitraum auch dem Deutschen Familienverband und dem Deutschen Familienbund der Katholiken ein Dialogforum und traf sich zum gemeinsamen Gespräch. Schließlich behandelte der Bundesfachausschuss zwei vom 23. Parteitag 2010 überwiesene Anträge (vgl. dazu Vollzugsbericht gemäß § 26 GO).

Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation

Vorsitzende: Staatsministerin
Eva Kühne-Hörmann MdL
Stellv. Vorsitzender: Marcus Weinberg MdB
Geschäftsführerin: Ruth Kirsch

Im Berichtszeitraum fanden neben der konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Innovation am 10. Februar 2011 zwei weitere Zusammenkünfte statt. Außerdem richtete der Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation zwei Arbeitskreise ein: „Wissenschaft und Hochschule“ unter Leitung von Ministerin Eva Kühne-Hörmann MdL (Sitzung am 31. März 2011) sowie „Schule“ unter Leitung von Marcus Weinberg MdB (Sitzung am 11. April 2011).

In der Sitzung des Bundesfachausschusses am 9. Mai informierten die Vorsitzenden der Kommission „Bildung“, Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB und Staatsminister Prof. Dr. Roland Wöllner MdL, Mitglieder und Gäste über die inhaltlichen Schwerpunkte der neuen bildungspolitischen Leitsätze. Um sich mit eigenen Akzentuierungen in die Arbeit der Kommission „Bildung“ einzubringen, verabschiedete der Bundesfachausschuss Bildung, Forschung und Innovation am 26. Mai zwei Stellungnahmen an die Kommission „Bildung“: Zum einen handelte es sich um den Beschluss „Innovationen für Deutschland – die zentrale Rolle von Wissenschaft und Forschung“, zum anderen um den Beschluss „Gerecht – vielfältig – exzellent: Leitsätze unserer Bildungspolitik“.

Bundesfachausschuss Arbeit und Sozialpolitik, Gesundheitspolitik

Vorsitzender: Parl. Staatssekretär
Dr. Ralf Brauksiepe MdB
Stellv. Vorsitzende: Parl. Staatssekretärin
Annette Widmann-Mauz MdB
Geschäftsführer: Heribert Hennemann
Geschäftsführer: Albert Markstahler

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt vier Sitzungen des Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik, am 2. Dezember 2010, 13. April 2011, 25. Mai 2011 und 28. September 2011, statt. Dabei hat sich das Gremium mit folgenden Arbeitsschwerpunkten befasst: Sozialwahlen, Reform der Pflegeversicherung, Neuorganisation der medizinischen Versorgung, Neuorganisation der Arbeitsmarktinstrumente sowie Altersarmut und altersgerechte Erwerbsarbeit.

Der Bundesfachausschuss beschloss einen „Wahlaufruf zu den Sozialwahlen“ sowie die Positionspapire „Medizinische Versorgung in Deutschland“, „Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“, „Neuausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik – Teilhabechancen verbessern“ und „Alterssicherung zukunftsfest und gerecht gestalten“.

Zudem sind eine Reihe vom Bundesvorstand an den Bundesfachausschuss überwiesene Anträge des 23. Parteitags beraten worden (vgl. dazu Vollzugsbericht gemäß § 26 GO).

Bundesfachausschuss Außen-, Europa und Sicherheitspolitik

Vorsitzender: Elmar Brok MdEP
Stellv. Vorsitzender: Henning Otte MdB
Stellv. Vorsitzender: Dr. Andreas Schockenhoff MdB
Geschäftsführer: Gert Olav Göhs

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt fünf Sitzungen statt.

Am 26. November 2010 hat der Bundesfachausschuss mit Christoph Heusgen, dem Leiter der

Abteilung 2 (Außen- und Sicherheitspolitik) des Bundeskanzleramts, über die Ergebnisse des Lisboner NATO-Gipfels, insbesondere über das neue strategische Konzept diskutiert. Dr. Reinhold Rickes, Abteilungsdirektor des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), hat die Beschlussvorlage „Überwindung der Staatsschulden- und Finanzmarktkrise“ vorgelegt.

Am 11. Februar 2011 hat der Bundesfachausschuss die Beschlussvorlage „Thesen zur Überwindung der Staatsschulden- und Finanzmarktkrise“ bis zur Entscheidungsreife diskutiert und als gemeinsamen Beschluss mit dem Bundesfachausschusses Wirtschaft-, Finanz- und Haushaltspolitik angenommen. Ferner hat sich der Bundesfachausschuss mit Dr. Uwe Corsepius, dem Leiter der Abteilung 5 (Europapolitik) des Bundeskanzleramts, über das Thema „Neue ‚Unionsmethode‘ – Europa zwischen Gemeinschaftsmethode und Intergovernmentalismus“ ausgetauscht.

In der Sitzung am 13. Mai 2011 diskutierte der Bundesfachausschuss mit Christian Schmidt MdB, Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, über die Afghanistanmission, Europäische Verteidigungspolitik und schwerpunktmäßig über die Streitkräfte reform. Der Bundesfachausschuss nahm den Beschluss „Maßnahmen für die Sicherung der Stabilität der Währung“ an, der auf den Beschluss der Fachkommission Europa des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) vom 18. Februar 2011 aufbaute und die Notwendigkeit auch von Vertragsänderungen zur dauerhaften Lösung der Verschuldungskrise in der Eurozone unterstrich. Der Bundesfachausschuss diskutierte mit Dr. Bärbel Steinkemper, der Vorsitzenden der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union, über den Beschluss „Friedenssicherung und die Situation von Frauen in Krisengebieten“ der Frauen Union der CDU. Schließlich trugen zwei Vertreter des Auswärtigen Amts zum Thema „Neue Partnerschaftspolitik mit Nordafrika“ vor. Der Vortrag von Rolf Mafael, Beauftragter für Grundsatzfragen der EU-Au-



ßenbeziehungen sowie der Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, beschäftigte sich mit den europäischen Aspekten; Frau Barbara Wolf, Leiterin des Referats 312, welches sich mit den EU-Beziehungen zur Maghreb-Region beschäftigt, konzentrierte sich auf die bilateralen Fragen des Themas.

Am 5. September 2011 berichtete der Vorsitzende über die Einsetzung der Präsidiumskommission zur Erarbeitung eines Antrags des CDU-Bundesvorstands an den Bundestag zum Thema Europa und stabiler Euro und rief die Mitglieder des Bundesfachausschusses auf, kurze Beiträge zu verfassen, die in die Beratungen dieser Kommission einfließen sollten. Ferner hat der Bundesfachausschuss einige Thesenpapiere aus dem Kreis der Mitglieder des Bundesfachausschusses zum Thema besprochen. Sie sollen in Form einer Beschlussvorlage bis zur nächsten Sitzung zusammengeführt werden.

Am 30. September 2010 nahm der Bundesfachausschuss den Beschluss „Neue Partnerschaftspolitik mit Nordafrika“ an. Ferner identifizierte er die Forderungen, die in die Arbeit der Präsidiumskommission zur Erarbeitung eines europäischen Antrags einfließen sollen.



Bundesfachausschuss Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte

Vorsitzender: Arnold Vaatz MdB
 Stellv. Vorsitzender: Hartwig Fischer MdB
 Stellv. Vorsitzender: Ute Granold MdB
 Geschäftsführer: Markus Lackamp

Im Berichtszeitraum führte der Bundesfachausschuss Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte Sitzungen am 7. Februar 2011 und am 26. September 2011 durch. Dabei befasste sich der Bundesfachausschuss u. a. mit den Themen Bilanz der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak, Religionsfreiheit und Christenverfolgung, dem Stand der Reform der entwicklungspolitischen staatlichen Durchführungsorganisationen, der Sozialen Marktwirtschaft als Kom-

pass in der Entwicklungspolitik, der Lage und den Perspektiven der deutschen Entwicklungspolitik, der Aufgabe des kohärenten Handelns in der Entwicklungspolitik im Zusammenspiel von nationaler und europäischer Ebene, dem Wachstum der Weltbevölkerung als entwicklungspolitischer Aufgabe sowie mit der Menschenrechtsslage in der Türkei.

Der Bundesfachausschuss fasste Beschlüsse zu den Themen „Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern strategisch neu ausrichten“ (28. Januar 2011), „Demokratiebewegung in Nordafrika und im Nahen Osten unterstützen“ (11. Februar 2011), „Religionsfreiheit weltweit durchsetzen/Implementing Religious Freedom Worldwide“ (19. April 2011), „Die Soziale Marktwirtschaft als Kompass in der Entwicklungspolitik“ (26. September 2011) und „Entwicklungspolitik auf die Herausforderungen des Weltbevölkerungswachstums einstellen“.

Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt- und Energiepolitik

Vorsitzende: Parl. Staatssekretärin
 Katherina Reiche MdB
 Stellvertreterin: Dr. Maria Flachsbarth MdB
 Stellvertreterin: Ministerin a. D.
 Tanja Gönner MdL
 Geschäftsführerin: Monika Bendig-Krebs

Der Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt- und Energiepolitik konstituierte sich am 15. Dezember 2010 neu. Im Berichtszeitraum fanden insgesamt fünf Sitzungen statt, in denen sich der Bundesfachausschuss Klima-, Umwelt- und Energiepolitik insbesondere den Themenbereichen Energiepolitik und Klimaschutz widmete.

Ergebnisse der gemeinsamen Sitzung der Bundesfachausschüsse Klima-, Umwelt- und Energiepolitik sowie Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik am 2. Mai 2011 sind in den Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands vom 9. Mai 2011 „Den Umstieg beschleunigen – Wegmarken in das Zeitalter der Erneuerbaren En-



ergien“ eingeflossen. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Sitzung am 9. Juni 2011 das Diskussionspapier „Chancen auf dem Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien“ beschlossen.

2.4.2 Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender: Prof. Dr. Günter Krings MdB
 Stellv. Vorsitzender: Dr. Detlef Gottschalck
 Stellv. Vorsitzender: Prof. Dr. Thomas Pfeiffer
 Stellv. Vorsitzende: Ministerin a. D.
 Barbara Richstein MdL
 Stellv. Vorsitzender: Minister a. D.
 Harald Schliemann
 Geschäftsführerin: Astrid Burholt
 Geschäftsführerin: Dr. Nadja Kroha

Im Berichtszeitraum hat der BACDJ Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen rechtspolitischen Themen durchgeführt.

Die Vorstandsgremien tagten im Berichtszeitraum insgesamt viermal, darüber hinaus wurden drei Mitgliederversammlungen abgehalten. In der Mitgliederversammlung vom 26. November 2010 hielt der Bundesminister des Inneren, Prof. Dr. jur. Thomas de Maizière MdB, eine Rede über aktuelle politische Themen, an die sich ein reger Austausch mit den rechtspolitischen Standpunkten der Union anschloss. Am 18. Februar 2011 wurde in Karlsruhe im Vorfeld des rechtspolitischen Kongresses eine offene Vorstandssitzung veranstaltet.

Am 19. Februar 2011 fand der traditionelle Rechtspolitische Kongress des BACDJ mit dem Thema „Die offene Gesellschaft und das für alle geltende Gesetz“ in Karlsruhe mit ca. 250 Teilnehmern statt. Bei der Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung am 10. Juni 2011 konnte der BACDJ den Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, als Gastredner begrüßen, der über die rechtspolitischen Konsequenzen aus der Finanzkrise und Eurostabilisierung informierte. In der Mitgliederversammlung vom 16. September 2011 fanden die turnusge-

mäßen Wahlen des Vorstandes statt. Gastrednerin war bei dieser Sitzung die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB. Am 19. Oktober hat der BACDJ in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung die zweite Fachtagung zum Thema Bürokratieabbau abgehalten.

Fachkommissionen

Die Fachkommission Informationsrecht hat im Berichtszeitraum viermal getagt. Das von der Fachkommission erarbeitete Papier mit Inhalten zur Vorratsdatenspeicherung, zur Eigentumsordnung im Netz und zum Beschäftigungsdatenschutz wurde vom BACDJ beschlossen. Die Fachkommission Europa tagte zweimal und erarbeitete ein Positionspapier „zu Maßnahmen für die Sicherung der Stabilität der Währung“ welches durch den BACDJ ebenfalls beschlossen wurde. Ein weiteres Positionspapier mit dem Titel: „Auf dem Weg zu einem Europäischen Patentsystem“, wurde ebenfalls einstimmig durch den BACDJ beschlossen. Die Fachkommission Umwelt kam zweimal zusammen. Das Papier für eine effektive Nachhaltigkeitsbewertung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wurde vom BACDJ am 16. September beschlossen. Der ACDJ an den Obersten Gerichtshöfen tagte einmal. Am 10. Juni fand die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung statt, die am 16. September ein weiteres Mal tagte. Am 16. September konstituierte sich die Arbeitsgruppe Sicherungsverwahrung.



2.4.3 Gesprächskreise

Oberbürgermeisterkreis

Vorsitzende: Bundeskanzlerin
 Dr. Angela Merkel MdB
 Vorsitzende
 der CDU Deutschlands
 Geschäftsführerin: Cornelia Grußendorf



Der Gesprächskreis der Oberbürgermeister tagte im Berichtszeitraum zweimal. Am 14. Dezem-



ber 2010 ging es schwerpunktmäßig um die Kommunal Finanzen. An diesen Terminen nahm auch der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB teil. Am 20. September 2011 befassten sich die Teilnehmer insbesondere mit den Themen Kommunal Finanzen, Energiepolitik und Großstadt politik.

Gesprächskreis Kultur

Vorsitzender: Bundestagspräsident
Prof. Dr. Norbert Lammert MdB

Stellvertreterin: Oberbürgermeisterin
Petra Roth

Stellvertreter: Generalsekretär
des Deutschen Musikrates
Christian Höppner

Geschäftsführerin: Ruth Kirsch

Der Bundesvorstand hatte auf seiner Klausurtagung Mitte Januar in Mainz beschlossen, das Thema „Bildung“ zu einem Arbeitsschwerpunkt im Berichtszeitraum zu machen. Deshalb verständigten sich die Mitglieder des Gesprächskreises Kultur in der konstituierenden Sitzung am 20. Januar 2011 darauf, der „Kulturellen Bildung“ in diesem Jahr ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Um sich aus erster Hand über die neuen bildungspolitischen Leitsätze zu informieren, lud der Gesprächskreis Kultur Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB zu seiner Sitzung am 5. Juli 2011 ein. Dabei wurden Vorschläge erörtert, wie das Thema „Kulturelle Bildung“ vertiefend im neuen Bildungsbeschluss berücksichtigt werden könne. Konkrete Formulierungen zum Thema „Kulturelle Bildung“ speiste der Gesprächskreis Kultur in die Beratungen der Antragskommission ein.

Medienpolitischer Expertenkreis

Vorsitzender: Andreas Krautscheid MdL
(bis 2. März 2011)

Vorsitzender: Dr. Christian von Boetticher MdL
(von 2. März bis August 2011)

Stellv. Vorsitzender: Staatsminister
für Kultur und Medien
Bernd Neumann MdB

Geschäftsführerin: Ulrike Fresenius

Der Medienpolitische Expertenkreis hat sich im März 2011 unter der Leitung von Dr. Christian



Gesprächskreis Sport mit den Arbeitskreisen Spitzensport und Breitensport/Sportentwicklung

Vorsitzender: Klaus Riegert MdB
Geschäftsführerin: Dr. Vera Anna Touché

Der Gesprächskreis Sport mit dem Arbeitskreis Spitzensport sowie dem Arbeitskreis Breitensport/Sportentwicklung hat sich am 21. Januar 2011 konstituiert. Auf Vorschlag von CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe MdB wurde Klaus Riegert MdB zum Vorsitzenden berufen. Klaus Riegert ist seit 1994 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt und sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mit Blick auf die Aufgabenstellung der Kommission wurden zwei Arbeitskreise gebildet. Der Arbeitskreis Spitzensport wird von Eberhard Gienger MdB geleitet. Die Leitung des Arbeitskreises Breitensport hat Clemens Lücke übernommen.

Das Thema Sport hat traditionell für die CDU eine hohe soziale, kulturelle und politische Bedeutung. Mit Blick auf den demografischen Wandel stehen die Sportvereine vor zahlreichen neuen Herausforderungen. Die Mitgliedschaften sind heterogener geworden. Die quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Vereine sind gewachsen. Es gilt, auf diese neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren und die sportpolitischen Ziele der CDU im Gesprächskreis Sport weiterzuentwickeln.

Im Jahr 2011 wurden insgesamt drei Sitzungen des Gesprächskreises und der Arbeitskreise durchgeführt.



von Boetticher MdL neu konstituiert, da Andreas Krautscheid aufgrund einer neuen Tätigkeit den Vorsitz niederlegte. Die Mitglieder des Expertenkreises setzen sich aus CDU-Medienpolitikern aus Ländern, Bund und Europa sowie Experten aus der Medienbranche zusammen. Insgesamt umfasst der Kreis ca. 35 Personen.

Im Berichtszeitraum hat sich der Medienpolitische Expertenkreis sechsmal getroffen, darunter war eine gemeinsame Sitzung mit der CSU-Medienkommission. Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit waren die Qualität des Journalismus, das Medienkonzentrationsrecht und das Leistungsschutzrecht.

Die Themen im Einzelnen:

- Google – Datenschutz versus persönliche Freiheit im Netz
- Zukunft des Digitalen Hörfunks
- Qualität im Journalismus
- Leistungsschutzrecht
- Medienpolitik in Europa
- Medienkonzentrationsrecht
- Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
- Bericht aus der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG)
- Medienpolitik der Union
- Netzpolitik der Union

Arbeitskreis Netzpolitik

Vorsitzender: Michael Kretschmer MdB
Geschäftsführer: Dr. Stefan Hennewig

Der Arbeitskreis Netzpolitik hat im Berichtszeitraum siebenmal getagt. Bei diesen Arbeitssitzungen wurde, in der Regel unter Beteiligung externer Experten, insbesondere über folgende Themen beraten: Open Data, Netzneutralität, die Bedeutung des Internet für den Wirtschaftsstandort Deutschland, das Rote-Linie-Gesetz, Jugendmedienschutz im Internet, die datenschutzrechtlichen und sonstigen netzpolitischen Initiativen

auf EU-Ebene, sowie, aus aktuellem Anlass, speziell über den Datenschutz in Sozialen Netzwerken.

Ende September traf sich der Arbeitskreis Netzpolitik zu einem Workshop, um grundsätzliche Positionen zur CDU-Netzpolitik zu formulieren. Diese sollen als Leitplanken dienen und einen Rahmen für die netzpolitischen Einzelfallentscheidungen der kommenden Jahre bilden. Sie finden sich wieder im Bericht des AK Netzpolitik, der dem 24. Parteitag der CDU Deutschlands vorgelegt wird.

2.5 Aussiedlerbeauftragtenkonferenz

Vorsitzender: Parl. Staatssekretär
Dr. Christoph Bergner MdB
Geschäftsführer: Dr. Jean Angelov

Im Berichtszeitraum fand eine Sitzung statt, auf der der Informationsaustausch und die Koordination der CDU-Aussiedlerpolitik fortgesetzt wurde. Mitglieder der Konferenz sind Aussiedlerbeauftragte der Landes- und Kreisverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und unionsgeführten Landesregierungen sowie Verantwortliche aus der Landsmannschaft und Jugendorganisation der Deutschen aus Russland und weitere Multiplikatoren der ehrenamtlichen Aussiedlerarbeit.

Berichtet wurde über die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung sowie über die Planungen zum 70. Jahrestag des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 28. August 1941 über die Umsiedlung der Deutschen. Die Konferenz befasste sich des Weiteren intensiv mit der Anerkennung von Ausbildungs- und Studienleistungen von Aussiedlern. Über das hierzu von der CDU initiierte Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen wurde umfassend diskutiert. Daneben wurden die speziellen Angebote der Konrad-Adenauer-Stiftung zur politischen Bildung von Aussiedlern vorgestellt sowie eine aktuelle Übersicht zum Wahlverhalten der Aussiedler gegeben.



3. VERANSTALTUNGEN UND AKTIONEN



3.1 Regionalkonferenzen

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt sechs Regionalkonferenzen der CDU Deutschlands organisiert. Hierbei hatten die CDU-Mitglieder sowie die Mandats- und Funktionsträger Gelegenheit, intensiv mit der Parteiführung zu diskutieren. Über 6 000 Teilnehmer nutzen diese Chance bei folgenden Veranstaltungen:

- 19. September 2011
Alsfeld, Hessenhalle
Landesverbände Hessen und Thüringen
- 23. September 2011
Dortmund, Westfalenhalle
Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 24. September 2011
Oldenburg, Kongresshalle
Landesverbände der CDU in Niedersachsen und Landesverband Bremen
- 26. September 2011
Karlsruhe, Schwarzwaldhalle
Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saar
- 30. September 2011
Neumünster, Holstenhalle
Landesverbände Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern
- 4. Oktober 2011
Magdeburg, Maritim Hotel
Landesverbände Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg und Sachsen



3.2 Bildungskonferenzen

Bereits der Beschluss des CDU-Bundesvorstands anlässlich der Klausurtagung Mitte Januar 2011 in Mainz zur Einsetzung der Kommission „Bildung“ hatte regionale Bildungskonferenzen vorgesehen, um eine „breite bildungspolitische Debatte zu dem Entwurf“ zu ermöglichen. Diesem Anliegen entsprach die CDU Deutschlands, in-

dem sie vom 22. August bis zum 10. Oktober 2011 insgesamt vier Bildungskonferenzen deutschlandweit durchführte:

- 22. August 2011
Hamburg, CCH
Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen
- 14. September 2011
Wiesbaden, Dorint Hotel Pallas
Landesverbände Hessen, Nordrhein-Westfalen und nördliches Rheinland-Pfalz
- 16. September 2011
Saarbrücken, Congresshalle Saar
Landesverbände Saar, südliches Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg
- 10. Oktober 2011
Berlin, Konrad-Adenauer-Haus
Landesverbände Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen

Unter dem Titel „Bildungsrepublik Deutschland – CDU im Dialog“ konnten sich über 1 000 Fachpolitiker, im Bildungsbereich Beschäftigte sowie Schüler- und Elternvertreter aus allen Landesverbänden mit den Vorsitzenden der Kommission „Bildung“, Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB und Staatsminister Prof. Dr. Roland Wöllner MdL, und CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe MdB, über den Bildungsantrag des Bundesvorstands an den 24. Parteitag in Leipzig austauschen. Den Auftakt markierte jeweils ein Impulsreferat eines namhaften Vertreters aus Wissenschaft, Wirtschaft oder Politik.

Zugleich eröffnete mit dem Start der ersten Bildungskonferenz am 22. August in Hamburg die Partizipationsplattform zum Antrag des CDU-Bundesvorstands „Bildungsrepublik Deutschland“ allen CDU-Mitgliedern die Chance, sich mit eigenen Stellungnahmen und Vorschlägen an der Debatte zu beteiligen. Die fünf am höchsten bewerteten Vorschläge pro Kapitel legte Generalsekretär Hermann Gröhe MdB der Antragskommission des 24. Parteitags zur weiteren Beratung vor.

Zur vierten Bildungskonferenz am 10. Oktober in Berlin war darüber hinaus die Netzgemeinde aufgerufen, an der Diskussion teilzunehmen. Dafür bot die CDU-Bundesgeschäftsstelle einen Livestream in dem Sozialen Netzwerk Facebook an.

3.3 Berliner Gespräch

Projektbetreuerin: Britta Rottbeck
Projektbetreuer: Steffen Preugschat

Am 20. September 2011 veranstaltete die CDU Deutschlands im Konrad-Adenauer-Haus ein Berliner Gespräch zum Thema „Nachhaltiges Wachstum – Leben im 21. Jahrhundert“. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, betonte in ihrer Eröffnungsrede, dass Deutschland die technischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts nutzen und mit Blick auf den demografischen Wandel eine neue Arbeitsmarktphilosophie entwickeln müsse, um auch in Zukunft ein starkes Industrieland bleiben zu können. Im Anschluss sprachen der Gründer und Vorsitzende der Foundation on Economic Trends, Jeremy Rifkin, der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen MdB, und Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor allem über die Herausforderungen und Chancen der von Jeremy Rifkin in seinem aktuellen Buch angesprochenen „Dritten Industriellen Revolution“.

Die Schwerpunkte des Gesprächs lagen auf den Herausforderungen, denen sich die weltweite Wirtschaft angesichts des Klimawandels stellen müsse, aber auch auf den Chancen der von Rifkin prophezeiten „industriellen Revolution“ für Deutschland und Europa. Des Weiteren besprachen die Teilnehmer die Frage des nachhaltigen Regierens und der laut Prof. Dr. Weder di Mauro und Bundesminister Dr. Norbert Röttgen MdB demokratischen und ethischen Herausforderung, dass Politik schon heute die richtigen Entscheidungen für die Generationen von morgen

treffen müsse. Abschließend stellten sich die Podiumsteilnehmer den Fragen der Zuhörer.

3.4 Dialog-Veranstaltungen zur Energie- und Finanzpolitik

Energiepolitisches Fachgespräch

Projektbetreuerin: Monika Bendig-Krebs
Projektbetreuer: Hans-Walter Burkard

Am 2. Mai 2011 fand ein energiepolitisches Fachgespräch der CDU unter Leitung des Generalsekretärs Hermann Gröhe MdB gemeinsam mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Ronald Pofalla MdB, und Bundesumweltministers Dr. Norbert Röttgen MdB statt. Mit etwa 300 Energieexperten des Bundestages, der Länder und der Kreisverbände wurden Fragen einer zukunftsfähigen Energieversorgung intensiv diskutiert. Die vielfältigen Anregungen und Diskussionsergebnisse fanden Berücksichtigung im Rahmen des Beschlusses des CDU-Bundesvorstands vom 9. Mai 2011 „Den Umstieg beschleunigen – Wegmarken in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien“.

Stabiler Euro, Starkes Europa

Projektbetreuer: Gert Olav Göhs
Wolfgang Blum

In Vorbereitung des 24. Parteitags der CDU Deutschlands, auf dem ein europapolitischer Leitantrag verabschiedet wird, führte die CDU-Bundesgeschäftsstelle am 12. Oktober 2011 ein europapolitisches Gespräch durch. Zu dieser Dialog-Veranstaltung wurden Mandats- und Funktionsträgern der Partei aus Europa und aus dem Bund sowie aus Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden sowie weitere Fachleute der Partei in das Konrad-Adenauer-Haus eingeladen.

Nach der Begrüßung durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe MdB, erläuterte der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, die Politik der Bun-



desregierung zur Lösung der Schuldenkrise in der Euro-Währungszone. Der ehemalige Bundesfinanzminister, Dr. Theo Waigel, kommentierte die aktuelle Lage unter dem Gesichtspunkt seiner Erfahrung als einer der wichtigsten Väter des Euro. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen MdEP, brachte in seinem Statement insbesondere die europäische Sichtweise auf die Schuldenkrise in Europa ein. Danach nahmen die Teilnehmer der Veranstaltung die Chance intensiv wahr, mit den Rednern die Politik zur Überwindung der Krise und mögliche Lehren zu diskutieren, die in Änderungen des EU-Vertrags münden sollen.



referierte Philipp Schindler, President Northern and Central Europe von Google, über die Rolle des Internet.

3.6 Empfang aus Anlass des Besuches Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI.

Projektbetreuer: Markus Lackamp
Projektbetreuerin: Caren Marbé-Sans

Am 21. September 2011 hat die CDU Deutschlands im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin einen Empfang anlässlich des Papstbesuches in Deutschland veranstaltet. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, konnte etwa 800 Gäste begrüßen. In ihrer Einführungsrede betonte sie die große Bedeutung des christlichen Glaubens für die Prägung unserer Gesellschaft und für die Politik der CDU.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, würdigte das Interesse der CDU an dem Besuch des Papstes, das auch durch den Empfang im Konrad-Adenauer-Haus dokumentiert würde. Zugleich mahnte er „Papstgegner“ zu sachlicher Kritik und betonte die positive Bedeutung der Katholischen Kirche für die Bundesrepublik Deutschland. Die beiden christlichen Kirchen in Deutschland seien „Pfeiler der Gesellschaft“.

3.5 Veranstaltung zur Medienpolitik/ MediaNight der CDU

Projektbetreuerin: Ulrike Fresenius
Projektbetreuer: Christian Schulze

Die 8. MediaNight der CDU Deutschlands fand am 24. Mai 2011 im Konrad-Adenauer-Haus statt. Rund 2 000 Gäste aus Politik, Wirtschaft und der Informations- und Kommunikationswirtschaft waren der Einladung gefolgt und diskutierten über aktuelle Trends und Perspektiven in der Medien- und Netzpolitik.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe MdB eröffnete die Veranstaltung und bat den Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann MdB, um ein Grußwort. Danach wurde in drei Panels parallel zu folgenden Themen diskutiert:

- Die Zukunft der Medienlandschaft: Alles im Umbruch?
- Zukunft des Qualitätsjournalismus: Markenzeichen oder leere Hülle?
- Freiheit & Sicherheit im Netz: Wie lösen wir das Spannungsverhältnis in der digitalen Welt?

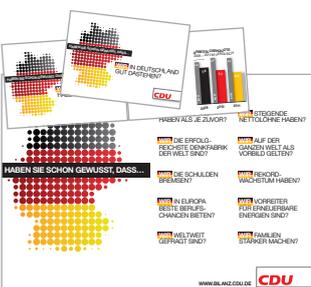
Im Anschluss an die Panels sprach die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB. Als Key-Note-Speaker

3.7 Aktion Halbzeit der Legislaturperiode

Zum Herbst 2011 ist die Koalition aus CDU, CSU und FDP zwei Jahre im Amt. In einem umfangreichen Informationspaket wurde auf die gute Bilanz der unionsgeführten Bundesregierung hingewiesen. Zur Unterstützung der Verbände bei ihrer Arbeit vor Ort wurde das Informationsangebot mit einem Servicepaket ergänzt.

Gedrucktes Material

Zur Verteilung durch die Verbände vor Ort sowie als Informations- und Werbemittel wurden folgende Materialien in gedruckter Form zur Verfügung gestellt:



- die Bilanz-Broschüre wurde in einer Auflage von 30000 Exemplaren gedruckt
- sechs Bierdeckelmotive wurden in einer Gesamtauflage von 250000 Stück produziert
- Wandzeitungen mit dem Motiv der Bilanz zur Verschickung über den Abonnenten-Verteiler

Grundausrüstung

Das Paket umfasste

- je 20 Bilanz-Broschüren
- Ansichtsexemplare der Wandzeitung; die Bezieher der Wandzeitungen erhielten die Wandzeitung zur Bilanz in der Auflage gemäß Abonnement
- je 100 Exemplare von insgesamt sechs Bierdeckelmotiven mit Aussagen zu den Erfolgen der Koalition

Weitere Exemplare der gedruckten Materialien waren und sind über den CDU-Shop zu beziehen.

Online bereitgestellte Materialien

Die Bilanz wurde auf der Internetpräsenz der CDU mit einer eigenen Kampagnen-Seite beworben. Unter www.bilanz.cdu.de wurde die Kampagne umfassend dargestellt. Über die gedruckten Produkte hinaus wurden folgende Materialien zum Download bereitgestellt:

- die Bilanz in der Langfassung mit Hintergrundinformationen
- Flugblätter zu den zentralen Themen
- ein animierter Film zu den zentralen Politikfeldern
- eine PowerPoint-Präsentation zu den zentralen Themen

Im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de wurden darüber hinaus folgende Materialien zum Download bereitgestellt:

- eine Musterrede
- eine Musterpressemittlung

In der CDU-Multimediatdatenbank wurde unter www.bilder.cdu.de zum Download eingestellt:

- Banner
- die Wandzeitung zur Bilanz
- der animierte Film zur Bilanz



3.8 Ländlicher Raum und Große Städte

Im Berichtszeitraum wurden auf Initiative des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe MdB, zwei Diskussionspapiere erarbeitet und zusammen mit den Autoren der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Papier „Heimat gestalten“ greift die Situation in den ländlichen Räumen, die zweifellos vor großen Herausforderungen stehen, auf. Zur demografischen Entwicklung kommt die Abwanderung junger Leute in die Ballungsräume und Großstädte. Viele Regionen kämpfen schon heute mit nachlassender Wirtschaftskraft, mit einem Rückzug von privaten und öffentlichen Dienstleistungen, mit Ärztemangel, Leerstand und finanziellen Problemen. Die CDU will, dass der ländliche Raum auch unter sich verändernden Vorzeichen seinen Bewohnern eine gute Heimat ist und die Menschen dort auch morgen noch ein gutes und chancenreiches Leben führen können. Die Potenziale der Regionen müssen genutzt werden. Dazu wurden zehn Handlungsfelder identifiziert und politische Ziele und Lösungsvorschläge dargelegt. Das Papier wurde am 14. März 2011 mit den Autoren, Generalsekretär Hermann Gröhe MdB, Ministerpräsident Volker Bouffier MdL, Minister Reiner Haseloff MdL, Parl. Staatssekretärin Julia Klöckner MdB und Ministerpräsident Stefan Mappus MdL, der Öffentlichkeit präsentiert.



Das Positionspapier „Politik für die Stadt der Zukunft“ zeigt in 16 Kapiteln Handlungsfelder und Positionen der CDU als moderne Großstadtpartei. Dies zeigt, wie umfassend und vielfältig die Anforderungen sind, vor denen Kommunalpolitiker stehen. Es gibt kaum ein politisches Thema,



das nicht auch kommunalpolitisch relevant ist. Die CDU steht für erfolgreiches Wirken in den deutschen Großstädten mit zum Teil langjährigen Oberbürgermeistern, starken CDU-Fraktionen sowie zahlreichen engagierten Ortsverbänden. Viele der in Städten drängenden Probleme, wie neue Ansätze der Familienpolitik, Kinderbetreuung, nachhaltige Finanzpolitik und Integrationspolitik, haben zum Teil bereits Eingang in die Programmatik der CDU gefunden. Neue Herausforderungen, wie der wirtschaftliche Strukturwandel, eine nachhaltige Stadtentwicklung oder der demografische Wandel, brauchen neue Antworten. Die CDU will auch kommenden Generationen ein gutes Zusammenleben in Großstädten ermöglichen. Das Papier wurde am 11. Mai 2011 in Anwesenheit der meisten Autoren, neben Generalsekretär Hermann Gröhe MdB die Oberbürgermeister Petra Roth (Frankfurt am Main) und Frank Elbers (Düsseldorf) sowie die Kandidaten und Kandidatinnen für die anstehenden Landtagswahlen, Rita Mohr-Lüllmann MdB (Bremen) und Frank Henkel MdB (Berlin), der Öffentlichkeit präsentiert.

Beide Papiere gingen als Diskussionsgrundlage an die Landesverbände und Gliederungen der Partei, wo sie in Aktionen und Veranstaltungen mit den Menschen vor Ort diskutiert werden sollen. Ziel ist es, Vorschläge zu sammeln und bereits bestehende vorbildliche Initiativen auszuwählen.

3.9 Weitere Veranstaltungen der Vorsitzenden und des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

Nach dem 23. Parteitag der CDU Deutschlands unterstützte die Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, 39 weitere Veranstaltungen, die nicht im Zusammenhang mit den jeweiligen Rednereinsätzen im Rahmen von Wahlkämpfen standen. Dabei trat sie unter anderem auf vier Landesparteitagen auf und besuchte fünf Bundestagungen von Vereinigungen und Sonderorganisationen. Zudem sprach die

Vorsitzende auch in diesem Jahr anlässlich der traditionellen Veranstaltung zum Politischen Aschermittwoch in Demmin. Eine ganz besondere Veranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus war der Empfang anlässlich des Besuchs Papst Benedikts XVI. in seiner deutschen Heimat.

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe MdB, unterstützte neben seinen Rednereinsätzen in den Wahlkämpfen zu den Landesparlamenten in Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin sowie bei der Kommunalwahl in Niedersachsen seit dem vergangenen Bundesparteitag in Karlsruhe 16 Kreisparteien. Zusätzlich besuchte er vier Landesparteitage, fünf Vorstandssitzungen der Landesparteien sowie zehn Veranstaltungen von Vereinigungen und Sonderorganisationen. Darüber hinaus hatte der Generalsekretär am 17. Mai 2011 zu einem Fachgespräch „Standortpolitik und Bürgerbeteiligung“ ins Berliner Konrad-Adenauer-Haus eingeladen. Vor dem Hintergrund der politischen Diskussionen über den Ausbau und die Erneuerung wichtiger Infrastrukturprojekte in Deutschland wurden dabei unter Beteiligung von Vertretern von Kommunen, Industrie und Wissenschaft moderne Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Projektentwicklung eingehend erörtert.

4. WAHLKÄMPFE

4.1 Unterstützung der Wahlkämpfe für Landtage

Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar 2011

Im vorgezogenen Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg konnten in Abstimmung mit dem Landesverband zwei Großveranstaltungen mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, organisiert werden.

Der Wahlkampfauftakt fand am 22. Januar 2011 in der Fischauktionshalle statt, und der Endspurt wurde am 17. Februar 2011 im CCH eingeläutet. Generalsekretär Hermann Gröhe MdB beteiligte sich an vier Wahlkampfterminen in Hamburg.

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011

Der Landesverband der CDU Sachsen-Anhalt wurde im Wahlkampf durch zwei Wahlkampftermine mit der Vorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, unterstützt.

Höhepunkt war der Wahlkampfabschluss vor voll besetzten Rängen in der Anhalt-Arena in Dessau.

Auch Generalsekretär Hermann Gröhe MdB war im Wahlkampf in Sachsen-Anhalt engagiert.

Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011

Im Landtagswahlkampf Baden-Württemberg wurden gemeinsam mit dem Landesverband und den Kreisverbänden neun Einsätze der Vorsitzenden der CDU Deutschlands organisiert. Die Veranstaltungen waren ausnahmslos sehr gut besucht.

Generalsekretär Hermann Gröhe MdB war zehnmal im Einsatz in Baden-Württemberg.

Im Landtagswahlkampf Baden-Württemberg unterstützte der Kandidatenservice die 70 Landtags-Kandidatinnen und Kandidaten in ihrem persönlichen Wahlkampf von November 2010 bis März 2011 in Stuttgart. Neben der Mitwirkung an professionellen Strategieseminaren mit den Kandidaten zählten u. a. die Durchführung von Fotoshootings zur Erstellung der Portraitfotos, Gestaltung und Druck der persönlichen Kandidatenplakate, -prospekte und Kleinwerbe-mittel, sowie die Organisation und Kontrolle der Grundausstattungs-lieferung an die Verbände zu den Leistungen des Kandidatenservice.

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 27. März 2011

Auch in Rheinland-Pfalz wurde ein sehr engagierter Landtagswahlkampf geführt. Insgesamt wurden hier 13 Termine seitens der Bundesgeschäftsstelle mit den Verbänden vor Ort organisiert. Drei Termine hat Generalsekretär Hermann Gröhe MdB wahrgenommen.

Die Vorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, startete mit einem Empfang anlässlich der Neujahrsklausur des CDU-Bundesvorstands in Mainz in den Wahlkampf, der mit der Abschlussveranstaltung in Trier am Samstag vor der Wahl endete.

Bürgerschaftswahl in Bremen am 22. Mai 2011

In Zusammenarbeit mit dem CDU-Landesverband Bremen wurde jeweils eine Großveranstaltung mit der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, in Bremen und Bremerhaven durchgeführt.

Der Generalsekretär war viermal im Landesverband Bremen im Wahlkampfeinsatz.

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011

Auch der Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern wurde von der CDU-Bundesge-

schäftsstelle unterstützt. Gemeinsam mit dem Landesverband und den Kreisverbänden wurden neun Veranstaltungen mit der CDU-Vorsitzenden vorbereitet. Trotz teilweise widriger Witterungsbedingungen konnten alle Veranstaltungen vor zahlreichen Gästen stattfinden.

Generalsekretär Hermann Gröhe MdB war zweimal in Mecklenburg-Vorpommern zu mehreren Veranstaltungen.

Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011

Den Abschluss der zahlreichen Wahlkämpfe 2011 bildete der Abgeordnetenhauswahlkampf in Berlin. Die Parteivorsitzende bestritt zwei Wahlkampfveranstaltungen in Berlin: am Checkpoint Charlie und auf dem Kranoldplatz in Berlin-Lichterfelde.

Eine weitere Großveranstaltung fand mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB vor dem Brandenburger Tor statt, bei der den Opfern des Mauerbaus vor 50 Jahren gedacht wurde. Zwei weitere Wahlkampftermine des Generalsekretärs folgten.

4.2 Unterstützung von Kommunalwahlkämpfen

Im Berichtszeitraum fanden parallel zu den Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg und Bremen sowie zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin die jeweiligen Kommunalwahlen statt, die in die unter 4.1 aufgeführten Wahlkampfberichte jeweils eingeschlossen sind.

Darüber hinaus wurden in Hessen am 27. März 2011 und Niedersachsen am 11. September 2011 neue Kommunalparlamente gewählt. In beiden Ländern wurden für die Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, jeweils zwei Wahlkampftermine in Zusammenarbeit mit den betreffenden Landes- und Kreisver-

bänden vorbereitet. In Niedersachsen fanden außerdem vier Wahlkampftermine mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB statt.

Der Bürgermeisterwahlkampf im Land Brandenburg wurde mit einer zentralen Veranstaltung in Brandenburg an der Havel unterstützt. Die Großveranstaltung mit der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, wurde gemeinsam von der Bundesgeschäftsstelle und dem Landesverband organisiert.

5. ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

5.1 Mitgliedermagazin UNION

Im Jahr 2011 ist das Mitgliedermagazin UNION bis zum Parteitag dreimal erschienen, eine weitere Ausgabe ist für Dezember 2011 geplant. UNION wird in Zusammenarbeit mit der UBG produziert und erscheint kostenlos als elektronisches Multimedia-Magazin im Internet. Hier finden Text, Bild, Audio und Video in einer neuen Form zusammen. Auch eine barrierefreie Version für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen wird angeboten.

Darüber hinaus wird UNION in einer Auflage von 30 000 Exemplaren gedruckt und den Funktions- und Mandatsträgern der CDU bis zur Ebene der Ortsvorsitzenden zugesandt.

Zudem besteht für Mitglieder und Kreisverbände die Möglichkeit, UNION als Printausgabe kostengünstig zu abonnieren. Mit der im Jahr 2010 neu aufgelegten UNION bringt die CDU ein elektronisches Multimedia-Magazin heraus, das durch den Wegfall von Druck und Versand aktueller berichten kann als der gedruckte Vorgänger.

Außerdem wird der Service-Charakter von UNION unterstrichen, da durch direkte Verlinkungen auf Materialien und Hintergrundinformationen mehr Partizipationsmöglichkeiten für die Leser gegeben sind. Die Online-Ausgabe von UNION kann unter www.union-magazin.de abonniert werden.

5.2 UNION Zeitung

Die UNION Zeitung wurde auch 2011 wieder als Instrument zur Information der Bürgerinnen und Bürger herausgegeben. Damit dient sie zur Unterstützung der Parteiarbeit vor Ort. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, regionalisierte (Landesverbände) und personalisierte Ausgaben (Kandidaten) der UNION Zeitung zu bestellen, so dass

beispielsweise Kandidaten oder Landesverbände Teile der Zeitung selbst gestalten können. Somit ist sie auch ein Medium zur Wahlkampfführung.

Die UNION Zeitung erscheint vierteljährlich. Alle CDU-Kreisverbände bekommen zu jeder Ausgabe eine kostenlose Grundausrüstung der Bundes- bzw. Landesausgabe in Höhe von wahlweise 250 oder 500 Exemplaren. Im Jahr 2011 wurden bis zum Parteitag drei Ausgaben herausgegeben.

Die erste Ausgabe erschien zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie zur vorgezogenen Bürgerschaftswahl in Hamburg Ende Februar bzw. Anfang März (Gesamtauflage 238 000 Exemplare).

Spezielle Landesausgaben wurden in Kooperation mit den Landesverbänden Baden-Württemberg, Hamburg und Sachsen-Anhalt erstellt. Daneben haben neun Kandidaten zur Landtagswahl Baden-Württemberg sowie drei Kandidaten zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich durch eigene Artikel vorzustellen.

Die zweite Ausgabe der UNION Zeitung 2011 erschien Anfang Mai 2011 zur Bürgerschaftswahl in Bremen (Gesamtauflage 155 000 Exemplare). Neben der Landesausgabe Bremen gab es eine regionalisierte Ausgabe für Bremerhaven sowie regionalisierte Ausgaben für Bremen-Nord mit eigenen Ausgaben für Blumenthal, Burglesum und Vegesack.

Die dritte Ausgabe der UNION Zeitung 2011 erschien Ende August (Gesamtauflage 130 000 Exemplare). In Kooperation mit der CDU in Niedersachsen (Kommunalwahlen) und der CDU Mecklenburg-Vorpommern wurden zwei Landesausgaben erstellt. In Niedersachsen gab es dazu zwei regionale Ausgaben für Bad Sachsa und Hannover-Stadt.

Eine vierte Ausgabe der UNION Zeitung 2011 erscheint unmittelbar nach dem Parteitag.





5.3 Union in Deutschland (UiD)

Wie bereits in der Vergangenheit wurden auch 2011 die Funktions- und Mandatsträger mit dem UiD-Newsletter, der per E-Mail verschickt wird, schnell und umfassend über das aktuelle Parteigeschehen informiert. So konnten die Funktions- und Mandatsträger kurzfristig über alle Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen sowie aktuelle Serviceangebote der CDU-Bundesgeschäftsstelle benachrichtigt werden.

Im Berichtszeitraum erschienen 11 UiD-Newsletter-Ausgaben.

Seit Mai 2011 ist es durch die Umstellung auf ein neues E-Mail-Versandsystem, welches mit der ZMD verbunden ist, möglich, alle Funktions- und Mandatsträger, deren E-Mail-Adresse in der ZMD hinterlegt ist, mit dem UiD-Newsletter zu informieren.

So konnten erstmals – vor allem auf Orts- und Stadtverbandsebene – eine Vielzahl neuer Bezieher den UiD empfangen. Nach wie vor können sich alle Funktions- und Mandatsträger der CDU, vor allem, wenn ihre E-Mail-Adresse nicht in der ZMD erfasst ist, unter www.uid.cdu.de für den UiD-Newsletter anmelden.

Kommunikation und der Dialog mit den CDU-Mitgliedern und Bürgern zunehmend auf diese Plattformen verlagert wird.

Neben den Sozialen Netzwerken bleibt ein Schwerpunkt in der Online-Kommunikation der CDU Deutschlands nach wie vor die Information zu politischen Themen sowie der Dialog mit Bürgern und Mitgliedern über die klassischen Kanäle wie der öffentlichen Homepage und dem CDU-Mitgliedernetz.

Web 2.0

Im Berichtszeitraum haben sich die Web 2.0-Plattformen und die Sozialen Netzwerke zu einer wichtigen Säule in der Online-Architektur der CDU Deutschlands entwickelt. Hier können sich Nutzer nicht nur untereinander, sondern auch mit der Partei und ihren lokalen Vertretern vernetzen.

Die Bundesgeschäftsstelle ist unter anderem in folgenden Netzwerken aktiv:

- Angebote auf Facebook: Die CDU Deutschlands verbreitet unter www.facebook.com/cdu Nachrichten und aktuelle Artikel. Die Seite zählt zurzeit etwa 16 000 Fans (Stand Oktober 2011). Auch die Parteivorsitzende Dr. Angela Merkel MdB sowie Generalsekretär Hermann Gröhe MdB sind auf Facebook vertreten. Die Fanseite von Dr. Angela Merkel MdB hat im August 2011 die Schwelle von 100 000 Fans überschritten und ist mit über 108 000 Fans die reichweitenstärkste Politikerseite in Deutschland bei Facebook.

- Seiten im VZ-Netzwerk (StudiVZ, MeinVZ): Aktuelle Videos, Artikel und weiterführende Informationen bieten die von der CDU Deutschlands betreuten Seiten im VZ-Netzwerk an.

Es bestehen Seiten für die CDU, die Parteivorsitzende und den Generalsekretär. Die Nutzungszahlen der VZ-Seiten gehen insgesamt zurück, so dass auch die Fanzahlen der CDU-Angebote abgenommen haben.



5.4 Online-Kommunikation

In der Online-Kommunikation hat sich aufgrund eines stark veränderten Nutzerverhaltens die Bedeutung von Web 2.0-Angeboten im Vergleich zu den klassischen Homepages entscheidend verändert.

Dieser Entwicklung hat die CDU Rechnung getragen. Die CDU-Homepage www.cdu.de hat sich seit der vergangenen Bundestagswahl als „Sprungbrett“ in die Sozialen Netzwerke etabliert. Insbesondere das Soziale Netzwerk Facebook hat mit dem Erreichen der Marke von 20 Millionen regelmäßigen Nutzern in Deutschland im Jahr 2011 deutlich gemacht, dass sich die

■ Der Twitter-Kanal „cdu_news“ zählt mit mehr als 15 000 „Followern“ zu den erfolgreichsten und reichweitenstärksten politischen Twitter-Kanälen in Deutschland. Der Kanal wird für die Distribution aktueller Nachrichten und Videos genutzt. Unter www.twitter.com/groehe hat CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe MdB einen eigenen Twitter-Kanal eingerichtet.

www.cdu.de

Die Seite www.cdu.de ist mit Abstand die am stärksten frequentierte Internetseite der CDU Deutschlands. Sie dient als Informationsplattform über die Arbeit der CDU Deutschlands sowie ihrer Akteure. Darüber hinaus ist sie Startrampe für alle weiteren Aktivitäten der CDU im Netz, angefangen von den Sozialen Netzwerken, bis hin zu Youtube, der Multimedia-Datenbank oder dem CDU-Shop. Mittelpunkt der Seite ist ein aufmerksamkeitsstarkes, automatisch wechselndes Nachrichtenfenster, in dem tagesaktuelle und multimediale Inhalte dargestellt werden. Zu verschiedenen Anlässen wurden Aktionen und Kampagnen auf dem Portal umgesetzt. Dazu gehörte die Kampagne „Haben Sie schon gewusst, dass...“ zur Halbzeitbilanz oder die Partizipationskampagne zur Bildungsrepublik Deutschland. Dazu wurden auf dem Portal Informations- und Aktionsmaterialien bereitgestellt sowie auf weiterführende Materialien im CDU-Mitgliedernetz verwiesen.

www.angela-merkel.de und www.hermann-groehe.de

Der Internetauftritt der CDU Deutschlands wird ergänzt durch Webseiten der CDU-Vorsitzenden Dr. Angela Merkel MdB sowie des Generalsekretärs Hermann Gröhe MdB. Die Seiten www.angela-merkel.de und www.hermann-groehe.de stellen die Personen und ihre politische Arbeit in den Mittelpunkt. Über einen Kalender wird regelmäßig auf aktuelle Termine hingewiesen. Auf beiden Startseiten finden sich Verlinkungen zu unseren Angeboten auf Facebook, MeinVZ, Twitter und Youtube. Auf

der Seite von Hermann Gröhe MdB ist der Twitterstream des Generalsekretärs direkt eingebunden.

Partizipationskampagnen

Im Berichtszeitraum wurde den CDU-Mitgliedern in mehreren Kampagnen die Möglichkeit gegeben, sich aktiv einzubringen.

Parallel zu der 2010 gestarteten Kampagne „Unser Land“, die im ersten Quartal 2011 fortgeführt wurde, wurden zu Beginn des Jahres 2011 zwei weitere webbasierte Partizipationskampagnen gestartet. Die Internetseite www.die-dagegen-partei.de hat mithilfe einer interaktiven Deutschlandkarte vor allem Infrastrukturprojekte aufgezeigt, gegen die die Grünen protestiert haben. Darüber hinaus wurden die Besucher aufgerufen, Projekte vor Ort zu melden, die ebenfalls von den Grünen abgelehnt werden. Die Resonanz darauf war groß: Die Seite ist mit ca. 20 Projekten gestartet und konnte mit der Unterstützung der Internetnutzer auf mehr als 150 Projekte erweitert werden. Die Seite verzeichnete seit dem Start mehr als 230 000 Abrufe.

Das Online-Quiz www.schlinger-partei.de hat in kreativer Form aufgezeigt, dass die SPD in zentralen Fragen nicht nur mit einer, sondern mit mehreren Positionen „schlingert“ und keinen klaren, verlässlichen Kurs erkennen lässt. Die Besucher der Seite konnten bei insgesamt zehn Fragen jeweils eine oder mehrere Antwortmöglichkeiten anklicken. Abschließend konnte man feststellen, wie gut man die SPD kennt. Die Seite www.schlinger-partei.de erreichte insgesamt mehr als 45 000 Seitenabrufe.

In der Diskussion um die durch die Bundesregierung beschleunigte Energiewende stellte sich die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, den Fragen der CDU-Mitglieder. Diese konnten im Mitgliedernetz ihre Fragen an die Parteivorsitzende stellen sowie die Fragen anderer User bewerten. Insgesamt sind fast





400 Fragen zu diesem Thema eingegangen. Im Anschluss beantwortete Dr. Angela Merkel MdB die zehn am höchsten bewerteten Fragen in einem Video-Interview mit CDU.TV.

Im Rahmen der Diskussion um die Anträge des CDU-Bundesvorstands „Bildungsrepublik Deutschland“ und „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ an den Parteitag hat die CDU alle Mitglieder aufgerufen, sich aktiv an der Diskussion um die Anträge zu beteiligen.

Jedes CDU-Mitglied konnte im CDU-Mitgliedernetz Vorschläge zu den Anträgen einbringen sowie die Vorschläge anderer Mitglieder bewerten. Die fünf am höchsten bewerteten Vorschläge pro Kapitel sind anschließend in die Beratungen der Antragskommission eingeflossen. Insgesamt haben über 300 Mitglieder mehr als 570 Vorschläge eingereicht.

www.cdunet.de

Das CDU-Mitgliedernetz www.cdunet.de spielte als zentrale Service- und Informationsplattform für CDU-Mitglieder sowie Funktions- und Mandatsträger eine wichtige Rolle in der parteiinternen Kommunikation. Neben den auf den öffentlichen Plattformen verfügbaren Materialien wurden im CDUnet für die Arbeit vor Ort u. a. bereitgestellt: Hintergrundinformationen, Flugblätter, Argumentationen und Leitfäden, Service-Materialien für die Parteiarbeit vor Ort, Hilfsmittel etwa zur Buchhaltung oder Informationen zur Satzung, Hilfsmittel und Angebote für Webmaster in den Verbänden, Wahlkampf-Informationen und Kampagnen-Materialien. Darüber hinaus war das CDUnet Ausgangspunkt verschiedener Partizipationskampagnen, bspw. zur Energie-, zur Bildungs- und Europapolitik.

Flugblätter und Online-Argumentationshilfen

Das „Flugblatt der Woche“ wurde im Berichtszeitraum – bis auf drei Wochen während der parlamentarischen Sommerpause – regelmäßig erarbei-

tet und unter www.cdu.de eingestellt. Über den E-Mail-Verteiler der CDU-Bundesgeschäftsstelle erhielten alle CDU-Kreis-, Bezirks- und Landesverbände einen direkten Link auf die Flugblätter zugesandt. Durch die Erarbeitung teils mehrerer Flugblätter in einer Woche wurden allein bis Ende des dritten Quartals 60 aktuelle Flugblätter erstellt.

Zur Information unserer Mitglieder stellt die CDU-Bundesgeschäftsstelle zu aktuellen Themenkomplexen zeitnah umfangreiche Informationen zur Verfügung. Die Argumentationsmaterialien werden als Hintergrundinformationen, Analysen oder in Form von „Fragen und Antworten“ unter www.cdunet.de im CDU-Mitgliedernetz, bzw. unter www.cdu.de auf der Parteiseite eingestellt.

Folgende Argumentationsmaterialien wurden 2011 im CDU-Mitgliedernetz bereitgestellt:

Januar

- Verbraucherschutz an erster Stelle – Hintergrundinformationen zum Skandal um dioxin-verseuchte Lebensmittel
- Die Gabriel-SPD nach ihrer Neujahrsklausur 2011 – orientierungslos, rückwärtsgewandt und tief zerstritten
- Die Linkspartei und der Kommunismus
- Hauptsache „Dagegen“ – Die Grünen sind in Deutschland gegen fast jedes große Infrastrukturprojekt – eine Übersicht
- Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan – Fragen und Antworten
- Ist der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan friedensethisch gerechtfertigt? – Fragen und Antworten

Februar

- Zur rot-grünen Blockade der Hartz IV-Verhandlungen – Hintergrundinformationen zu den Gesprächen im Vermittlungsausschuss
- Grüne Vermögensabgabe – Alter Wein in neuen Schläuchen – und verfassungswidrig
- Mindestlohn und Zeitarbeit – Informationen und Argumente

- Aktuelle Informationen zu den Hartz IV-Verhandlungen – Hintergründe über die Beratungen in Vermittlungsausschuss und Bundesrat

März

- 100 Jahre internationaler Frauentag – Blick zurück und Blick nach vorne
- Einführung des Biokraftstoffs E 10 – Fragen und Antworten
- Die große Heuchelei von Rot-Grün im Umgang mit der Kernkraft – Fakten und Argumente
- Sicherheit der Kernenergie in Deutschland, Auswirkungen der Reaktorkatastrophe in Japan – Fragen und Antworten
- Ein Europa für alle – Vorteile der deutschen EU-Mitgliedschaft für Bürgerinnen und Bürger
- UN-Resolution zu Libyen – Fragen und Antworten zur Resolution 1973 des Weltsicherheitsrates und zur Haltung der Bundesregierung dazu

April

- Flüchtlinge aus Nordafrika – Informationen zur Hilfe für Flüchtlinge und betroffene Staaten
- Energiepolitik – Hintergrundinformationen zur Diskussion um eine zukunftsfähige Energieversorgung in Deutschland

Mai

- Wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft verbessert – Argumentationspapier zum Agrarbericht 2011

Juni

- Gute Gründe für das Elterngeld – Hintergrundinformationen und Argumente
- Für einen stabilen Euro und Wohlstand in Europa – Fragen und Antworten, seit Juni mehrfach aktualisiert
- Förderprogramme zur Unterstützung des Umstiegs in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien

Juli

- 50 Jahre Mauerbau – Aktionsleitfaden mit Hinweisen, Anregungen und Informationen

- Energiepolitik der SPD-geführten Bundesländer und des grün-rot regierten Landes Baden-Württemberg – Eine Analyse
- Positionierung der SPD-geführten Bundesländer und Baden-Württembergs zur unterirdischen Einlagerung von Kohlendioxid (CCS) – Eine Analyse
- Eurogipfel sichert die Stabilität unserer Währung – Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel setzt zentrale deutsche Positionen durch
- Die Sicherstellung einer wohnortnahen medizinischen Versorgung – eines unserer zentralen gesundheitspolitischen Ziele

September

- Reform der Bundeswehr – Ausrichtung auf die Herausforderungen der Zukunft

Oktober

- Wichtige Schritte auf dem Weg zur Stabilitätsunion. Ergebnisse und Hintergründe zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011





Newsletter

Seit dem 1. Mai 2011 werden sowohl die öffentlichen als auch die parteiinternen Newsletter der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit einem neuen Newslettersystem versendet. Die technische Betreuung des Systems erfolgt durch die Union Betriebs GmbH. Das neue E-Mail-System bietet zahlreiche Verbesserungen gegenüber dem bis Anfang 2011 genutzten Versandsystem. Die Newsletter und E-Mails wurden technisch verbessert und neu gestaltet. Außerdem ermöglicht eine Schnittstelle zur zentralen Mitgliederdatei eine bessere Datenpflege und trägt damit zu einer verbesserten Adressdatenqualität bei.

Im Rahmen unserer öffentlichen Newsletter-Angebote „Pressemitteilungen“ sowie „Neues aus Berlin“ wurden die Presse sowie Bürgerinnen und Bürger im Berichtszeitraum regelmäßig über alles Wissenswerte aus Sicht der CDU Deutschlands informiert. Zusätzlich haben CDU-Mitglieder die Möglichkeit, das UNION Magazin via E-Mail zu abonnieren. Als zusätzlichen Service für Funktions- und Mandatsträger bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle den UiD-Newsletter an.

Neben dem jede Woche versandten „Flugblatt der Woche“ informiert die CDU-Bundesgeschäftsstelle regelmäßig die Funktions- und Mandatsträger über einen eigenen Newsletterservice über aktuelle Materialien, Argumentationshilfen und Kampagnen.

5.5 CDU.TV

Im Jahr 2011 hat CDU.TV rund 300 000 Videoaufrufe verzeichnet.

Aufgrund interner Weiterbildungen konnte der Bereich Marketing und Interne Kommunikation der CDU-Bundesgeschäftsstelle nahezu alle Pressekonferenzen der CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und des CDU-Generalsekretärs, Hermann Gröhe

MdB, im Konrad-Adenauer-Haus in voller Länge aufzeichnen und direkt im Anschluss zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus wurde CDU.TV auch verstärkt in den Dialog mit den Mitgliedern eingebunden. In der Diskussion um die zukünftige Energiepolitik der CDU Deutschlands wurden alle Mitglieder aufgerufen, mit der Parteispitze zu diskutieren und ihre Fragen an die CDU-Vorsitzende im CDU-Mitgliedernetz zu stellen. Aus ca. 400 Fragen der Mitglieder wurden die zehn am höchsten bewerteten in einem Video-Interview von Dr. Angela Merkel MdB beantwortet. Zuvor hatte bereits Bundesumweltminister Norbert Röttgen MdB CDU.TV Rede und Antwort gestanden und die zukünftige energiepolitische Ausrichtung der Partei erläutert.

Im Rahmen der Partizipationskampagne „Bildungsrepublik Deutschland“ sowie der Halbzeitkampagne zur zweijährigen Zwischenbilanz der christlich-liberalen Bundesregierung wurden erstmals kurze Animationsfilme zur Erklärung und Begleitung der Aktionen erstellt.

Nach der erstmaligen Übertragung des 23. Parteitags der CDU Deutschlands per Video-Livestream aus Karlsruhe wurde dieses Angebot im Jahr 2011 erweitert. Neben der Live-Übertragung der CDU-MediaNight am 25. Mai wurde auch die vierte Bildungskonferenz der CDU Deutschlands am 10. Oktober aus dem Konrad-Adenauer-Haus per Livestream gesendet. Die Übertragung des 24. Parteitags der CDU Deutschlands aus Leipzig erfolgt wie gewohnt auf www.cdu.de.

5.6 Mobiles Internet

Über acht Millionen Bundesbürger nutzen mittlerweile das Handy, um sich im Internet zu informieren. Um auch diesem stetig wachsenden Personenkreis ein Informationsangebot zu unterbreiten, bietet die CDU seit 2009 eine mobile Internetpräsenz an. Das mobile Angebot, das mit



einem der Marktführer konzipiert wurde, ist für ca. 97 Prozent aller am Markt befindlichen mobilen Endgeräte optimiert, darunter auch für das iPhone und das iPad.

Als besonderen Service wurde auch das UNION Magazin durch ein mobiles Angebot ergänzt. Die aktuelle Ausgabe des UNION-Magazins können Sie als App im iTunes-Store kostenfrei herunterladen.

5.7 Mediaservice

Zur Unterstützung der Arbeit der Verbände vor Ort und als Serviceangebot für Presse und politisch Interessierte bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Rahmen ihres Mediaservice neben dem klassischen Fotomaterial auch einen Audio- und Video-Service an.

Foto-Service

Im Jahr 2011 umfasste der Fotoservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle folgende Dienstleistungen:

- Bereitstellung von kostenlosen Fotos über die CDU-Multimedia-Datenbank www.bilder.cdu.de
- fotografische Dokumentation von öffentlichen und internen Veranstaltungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle (u. a. MediaNight 2011, Pressekonferenzen, Kongresse, Bildungs- und Regionalkonferenzen) durch Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Foto-Shootings für Werbematerial sowie für Reportagen, z. B. in der UNION Zeitung und im UNION Magazin, durch Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Unterstützung der Vereinigungen bei deren Veranstaltungen
- Fotos von wahlkampfführenden Mandatsträgern und Kandidaten mit dem Generalsekretär oder der Parteivorsitzenden
- Fotos hochrangiger, teilweise internationaler Gäste aus Politik und Gesellschaft sowie von Besuchergruppen mit dem Generalsekretär oder der Parteivorsitzenden

Die Deckung des Bildbedarfs für die Berichterstattung in den verschiedenen Medien der CDU-Bundesgeschäftsstelle erfolgte größtenteils durch eigenes Fotomaterial. Da dadurch auf den Foto-Zukauf bei Foto-Agenturen zu einem großen Teil verzichtet werden konnte, konnte nicht nur den Parteigliederungen umfangreiches Fotomaterial kosten- und rechtfrei zur Verfügung gestellt werden, sondern es konnten auch Kosten in erheblichem Umfang eingespart werden.

Multimedia-Datenbank

Die seit Ende 2008 bestehende Multimedia-Datenbank unter www.bilder.cdu.de wurde 2011 einem Relaunch unterzogen. Neben optischen Anpassungen an das neue Corporate Design wurden vor allem die Bedienungsfriendlichkeit erhöht und neue Funktionen eingeführt, welche den Umgang mit der Datenbank erleichtern. Damit konnte der Service für die Partei weiter ausgebaut werden. Außerdem wurde einer der von den Parteigliederungen am häufigsten benötigten Bereiche, das Angebot von allgemeinen „Themenfotos“, durch Ankauf unbegrenzt nutzbarer Bilder sowie durch Shootings eigener Themenbilder erweitert.

Das bestehende Angebot vor allem im exklusiven parteiinternen Bereich (Internet-Grafiken zu aktuellen Kampagnen, rechtliche Bildverwendungshinweise und Formularvordrucke, Fotos prominenter CDU-Funktions- und Mandatsträger etc.) wird ständig erweitert und aktualisiert.

Bei Großveranstaltungen konnte innerhalb kurzer Zeit nach bzw. teilweise schon während der Veranstaltung, aktuelles Bildmaterial über die Multimedia-Datenbank zum Download angeboten werden, wodurch den Parteigliederungen zeitnah kostenloses Material zur Berichterstattung vor Ort zur Verfügung gestellt werden konnte.

Audio-Service

Als Servicedienstleistung für lokale und regionale Radiostationen bietet die CDU-Bundesge-





schäftsstelle Audio-Mitschnitte von den Pressekonferenzen im Konrad-Adenauer-Haus sowie von ausgewählten Veranstaltungen über www.cdu.de an. Dieses Angebot steht auch den CDU-Verbänden zur Einbindung auf deren Internetseiten zur Verfügung.

5.8 Informationsmaterial/ Werbemittel/Aktionen

Informationsmaterial

- UNION Zeitungen I-III mit Landes- und Kandidatenausgaben Auflage 523 000
- PID Broschüre Auflage 3 000
- sechs Themenbroschüren Auflage 90 000
- Planer zur Frauen Fußball WM mit Regionalausgaben Auflage 226 000
- Planer zur Fußballbundesliga Auflage 15 000
- sieben Wandzeitungen Auflage 73 000
- Neumitgliederbegrüßungspaket bestehend aus Mappe, Broschüre und vorläufigem Mitgliedsausweis Auflage 20 000
- Bilanzbroschüre Auflage 30 000

Werbemittel und Plakate

- Sommerplakat Auflage 4 000 Stück
- Schulplakat Auflage 7 000 Stück
- zehn verschiedene Bundesrednerplakate Auflage 48 000 Stück
- Bierdeckel Sechsser Halbzzeitbilanz Auflage 250 000 Stück
- CDU-Streichholzbriefchen Auflage 100 000 Stück

Nachproduktionen

verschiedener Werbemittel

- CDU-Hinweisschild Auflage 2 000 Stück
- Kugelschreiber Auflage 420 000 Stück
- Taschentücher Auflage 100 000 Stück
- Bleistifte Auflage 50 000 Stück
- Seifenblasenspender Auflage 55 500 Stück
- CDU-Siegelmarken Auflage 2 000 Stück
- Gummibärchen Auflage 300 000 Stück
- CDU-Teddy Auflage 1 000 Stück
- CDU-ID-Band Auflage 5 000 Stück
- Ballondrahtstäbe Auflage 150 000 Stück
- Sonnenblende Auflage 15 000 Stück
- Haftnotizblöcke Auflage 20 000 Stück
- Einkaufswagen-Chip und Halter Auflage 150 000 Stück
- Einkaufswagen-Chip Auflage 100 000 Stück
- CDU-Aufkleber klein Auflage 50 000 Stück
- Bonbons Auflage 333 000 Stück
- CDU-Sonnenschirm Auflage 1 000 Stück

Online-Shop

Alle Werbematerialien der CDU – von politischen Informationen über Parteiarbeit und Werbemitteln bis zu den Angeboten der Vereinigungen und einiger Landesverbände – können über den Online-Shop unter www.cdu-shop.de bequem ausgewählt und bestellt werden.

Zu Beginn des Jahres wurde der Online-Shop (www.cdu-shop.de) dahingehend erweitert, dass die Landesverbände der CDU dort einen eigenen Bereich mit ihren Produkten erhalten können. Alle Landesverbände wurden über diese Möglichkeit schriftlich informiert.

Im Frühjahr des Jahres erfolgte eine weitere Ergänzung des Shops. Ein modernes Druckportal wurde in den Shop integriert. Hierüber haben die Verbände und Kandidaten die Möglichkeit, Produkte aus dem CDU-Sortiment mit einer entsprechenden Individualisierung zu bestellen.

5.9 CRM

Das 2005 eingeführte CRM (Citizen Relationship Management)-System erfasst die Bürgeranfragen an die CDU. Inzwischen sind die meisten Landesverbände hieran angeschlossen.

Neben einer verbesserten und beschleunigten Beantwortung der Fragen und einer Ausweitung der Reporting-Möglichkeiten, wird dieses Instrument verstärkt zur Zielgruppenansprache (Versand elektronischer Newsletter) eingesetzt.

Einige Kreisverbände testen, inwiefern sich das CRM-System für den Einsatz in CDU-Kreisgeschäftsstellen eignet. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass seit fast vier Jahren eine Schnittstelle zwischen CRM und Zentraler Mitgliederdatei (ZMD) besteht.

So wird eine verbesserte Aktualisierung der Mitglieder-Kontaktdaten – insbesondere aktuelle E-Mail-Adressen – erreicht. Über die Rückläufer können die elektronisch erfassten Daten von Mitgliedern und interessierten Bürgern zentral korrigiert oder ergänzt werden.

Auf diesem Weg leistet das CRM-System einen entscheidenden Beitrag dazu, die Datenbasis für künftige Kampagnen weiter zu verbessern sowie

moderne Kommunikation zu gewährleisten. Für anstehende Wahlkämpfe steht mit dem CRM ein wertvolles Instrument zur Verfügung.

5.10 Team Bürgerservice

Als feste Arbeitseinheit hat sich im Konrad-Adenauer-Haus das Team Bürgerservice etabliert. Das seit über sechs Jahren bestehende Team Bürgerservice arbeitet nun, neben dem Auftrag zur besseren Bürgerbeziehung (CRM), auch an einer Intensivierung der Beziehung zu den Mitgliedern (MRM).

Anfragen über die zahlreichen Kontaktformulare stellen den größten Teil der Bürgerkommunikation dar. Hinzu kommen zahlreiche „gelbe Briefe“, Telefonate und Faxe, deren Anliegen schnellstmöglich, im Problemfall mit Hilfe der politischen Fachreferenten und Sachbearbeiter, beantwortet werden. Die Beantwortung von Bürgeranfragen – von der Frage zu aktuellen politischen Themen bis zum Autogrammwunsch – wird grundsätzlich in weniger als drei Arbeitstagen realisiert.

Darüber hinaus erledigt das Team Bürgerservice folgende Aufgaben:

- die Optimierung von Mitgliederadressen zur besseren Kommunikation (diese stehen via ZMD dann auch den Kreisverbänden zur Verfügung)
- die Steigerung von Kommunikations- und Kampagnenfähigkeit durch Analysen
- das Überzeugungsgespräch mit zahlreichen Anrufern zu politischen Themen
- die Einführungs- und Fortbildungs-Schulungen innerhalb des KAH und der am System angeschlossenen Untergliederungen
- die „Amtshilfe“, d. h. Unterstützung der Untergliederungen, insbesondere während der Landtagswahlkämpfe.

Etwa 80 Prozent aller im System erfassten Anfragen werden durch das Team Bürgerservice im KAH erfasst bzw. beantwortet. Im Berichtszeitraum wurden ca. 30 000 Anfragen registriert.





5.11 Pressearbeit

Die Pressestelle der CDU Deutschlands ist bundesweiter Ansprechpartner für alle Anfragen in- und ausländischer Medien. Sie ist darüber hinaus für die Beobachtung des Mediengeschehens sowie für die Erstellung der werktäglich erscheinenden Presseschau verantwortlich.

In den Jahren 2010/2011 umfasste die Arbeit der Pressestelle vorrangig folgende Schwerpunkte:

Die mediale Begleitung von insgesamt sieben Landtagswahlen (Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin).

Darüber hinaus wurden der 23. Parteitag in Karlsruhe, vier Bildungskonferenzen und sechs Regionalkonferenzen im gesamten Bundesgebiet, ein Energiepolitisches Fachgespräch, die MediaNight, ein Berliner Gespräch zum Thema „Nachhaltiges Wachstum – Leben im 21. Jahrhundert“ sowie der Empfang anlässlich des Papst-Besuches in Deutschland mit gezielter Pressearbeit begleitet.

Neben diesen außerordentlichen Terminen stand die tägliche Pressearbeit, die ihren Blick auf die relevanten bundespolitischen Themen sowie die politische Agenda der CDU gerichtet hatte. Für die Parteiführung der Bundespartei wurden zahlreiche Interviews vorbereitet und betreut; die Pressestelle organisierte ferner regelmäßig Pressekonferenzen, Pressestatements, Hintergrundgespräche und verfasste im Berichtszeitraum rund 200 Pressemitteilungen.



6. INTERNE KOMMUNIKATION UND SERVICE

6.1 Landesgeschäftsführer-Konferenzen

Die Landesgeschäftsführer traten im Berichtszeitraum zweimal zusammen. Es wurden folgende Themen behandelt:

- aktuelle politische Lage – Bericht des Generalsekretärs Hermann Gröhe MdB
- CDU-Organisationsanalyse – Rückblick und Ausblick auf die Wahlkämpfe Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin
- Kommissionsarbeit
- Verschiedenes

- aktuelle politische Lage – Bericht des Generalsekretärs Hermann Gröhe MdB
- Rückblick Wahlkämpfe – Berichte aus den Landesverbänden
- CDU-Organisationsanalyse – Bericht des Bundesgeschäftsführers, Dr. Klaus Schüler
- aktuelle Projekte der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Bundesparteitag Leipzig – Bericht des Stellvertretenden Bundesgeschäftsführers, Ulf Leisner
- Verschiedenes

6.2 Kreisvorsitzenden-/ Kreisgeschäftsführer-Konferenzen

Die Kreisvorsitzenden traten im Berichtszeitraum einmal zusammen. Dabei standen folgende Themen auf dem Programm:

- Rede der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB
- Aussprache
- Bericht des Generalsekretärs Hermann Gröhe MdB
- Aussprache
- Verschiedenes

6.3. Seminare für Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle unterstützt die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei auf allen Ebenen. Hierzu wurden im Berichtszeitraum fünf Seminare für Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen durchgeführt. Außerdem ein Seminar für Kreisvorsitzende sowie ein Seminar zur „Ausbildung zum Datenschutzbeauftragten“.

Das erste Seminar fand am 5. und 6. April 2011 zum Thema „Mitgliederwerbung und Spendergewinnung“ statt. Der Teil Mitgliederwerbung hatte zum Ziel, gemeinsam mit den 33 Seminarteilnehmern neue Wege zu finden bzw. bewährte Wege zu reaktivieren, um die Mitgliederentwicklung in unserer Partei wieder positiver zu gestalten. Im Teil Spendergewinnung wurden sowohl die rechtlichen Grundlagen als auch praktische Hinweise und Beispiele zur Spendergewinnung vermittelt. Im Rahmen eines Workshops wurden gemeinsam Strategien entwickelt, Aktivitäten zum Einwerben von Spenden zu planen und umzusetzen.

Es folgte am 21. und 22. Juni 2011 das Seminar „Moderne Kommunikation“ mit 18 Teilnehmern. Im Mittelpunkt des Seminars standen die verschiedenen Bausteine einer modernen Öffentlichkeitsarbeit in der politischen Praxis – von der klassischen Homepage bis hin zum Stichwort „Web 2.0“.

Am 29. und 30. Juni 2011 fand das Seminar „ZMD für Fortgeschrittene, Datenschutz und IT-Sicherheit“ statt. Dieses Seminar wurde u. a. durch die UBG unterstützt und diente sowohl der Auffrischung des Umgangs mit der ZMD wie der umfassenden Information zum Datenschutz und zur IT-Sicherheit. An diesem Seminar nahmen 24 Kolleginnen und Kollegen teil. Aufgrund

des großen Interesses und der hohen Zahl der Anmeldungen wurde am 21. und 22. September 2011 ein weiteres Seminar angeboten. An diesem nahmen 16 Teilnehmer teil.

Für die Kreisverbände der Landesverbände Hessen und Hamburg wurde vom 23. bis 25. August 2011 eine „Ausbildung zum Datenschutzbeauftragten“ angeboten. Alle 18 Teilnehmer haben die Prüfung „Datenschutzbeauftragter der CDU“ bestanden.

Zu den Themen „Mitgliederwerbung (CDU als Mitgliederpartei – Status und Ausblick) und Moderne Kommunikation (Web 2.0 in der politischen Kommunikation)“ fand am 27. und 28. September 2011 ein weiteres Seminar mit 34 Teilnehmern statt. 25 Anmeldungen konnten leider nicht berücksichtigt werden und werden zu einem Seminar im kommenden Jahr eingeladen. In bewährter Form erhielten die Teilnehmer aktuelle Informationen und Anregungen für Ihre Arbeit vor Ort. Praktische Übungen und ein ausführlicher Erfahrungsaustausch rundeten das Seminar ab.

Am 28. und 29. Oktober 2011 fand erstmalig auch ein Seminar für Kreisvorsitzende statt. Themen wie Moderne Kommunikation (Nutzung von Facebook und Co.), Übersicht über Informations- und Argumentationsangebote des KAH, Pressearbeit (Techniken und Umgang mit Medien), Fundraising, Spendenrecht und Mitgliederwerbung bildeten die Schwerpunkte.

Mit diesen Fortbildungsmaßnahmen, die stets auch von Generalsekretär Hermann Gröhe MdB und von Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüller begleitet werden, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einzelnen Themenbereichen auf den aktuellen Wissensstand gebracht. Den Rückmeldungen zu den Seminaren entnehmen wir, dass die Kollegen vor allem die umfassenden Informationen und die gute Möglichkeit des Austauschs mit den Kolleginnen und Kollegen untereinander bzw. mit den Referenten des Konrad-Adenauer-Hauses schätzen. Die Rückkopplung ist auch für die CDU-Bundesgeschäfts-

stelle eine Bereicherung, denn nur so kann unser Service für die Gliederungen weiter verbessert werden.



6.4 Kampagnenakademie

Vom 9. bis 13. Mai 2011 fand erneut die Kampagnen-Akademie der CDU Deutschlands statt. Auf Einladung von Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüler konnten alle Landesverbände und Vereinigungen Bewerber für dieses intensive Wahlkampf-Training benennen. Insgesamt wurden in diesem Jahr 19 junge CDU-Mitglieder ausgewählt, die für fünf Tage in der Akademie Schmöckwitz am Rande von Berlin geschult wurden. Vorträge über Strategie, Direktmarketing, Spendenaktionen und Veranstaltungsplanung wechselten sich mit umfangreichen praktischen Übungen ab. So entwickelten die Teilnehmer eigenständig Konzepte für TV-Spots, eine Freiwilligen-Kampagne und Mediapläne.

Zum Abschluss wurden die ausgearbeiteten Kampagnen im Konrad-Adenauer-Haus vor einer Jury präsentiert. Die Arbeitsergebnisse waren durchweg von herausragender Qualität und lieferten spannende Ideen mit Blick auf die Planungen für Landtags- und Bundestagswahlkämpfe.

6.5 Organisationsanalyse

Bedingt durch den gesellschaftlichen Wandel, durch Internet und neue Kommunikationstechniken haben sich die Erwartungshaltungen an die politische Arbeit der CDU auf all ihren Ebenen in den letzten Jahren stark verändert.

Diesen veränderten Erwartungshaltungen muss sich die CDU Deutschlands stellen. Sowohl Bundespartei wie auch die Landesparteien müssen ihr jeweiliges Serviceangebot diesen unterschiedlichen Bedingungen anpassen. Nur so bewahren und stärken wir unsere Schlagkraft und Kampagnenfähigkeit auch mit Blick auf zukünftige Wahlkämpfe.

Um dies zu erreichen, musste zunächst Klarheit über die Leistungsfähigkeit, die strukturellen Bedingungen und die Bedarfsstruktur in den Kreisverbänden geschaffen werden.

Aus diesem Grund hat die Bundesgeschäftsstelle beschlossen, von August bis Oktober 2010 eine Organisationsanalyse in unseren 336 Kreisverbänden mittels einer Fragebogenerhebung durchzuführen. Dieser Fragebogen wurde online zur Verfügung gestellt.

Die Programmierung des Fragebogens übernahm die UBG, die Fragen wurden in einer bereichsübergreifenden Arbeitsgruppe im KAH erarbeitet und im Vorfeld einem „Praxistext“ mit einigen Vertretern aus Kreis- und Landesverbänden unterzogen.

Am Ende der Fragebogenaktion konnte eine erfreulich hohe Rücklaufquote von 97 Prozent verzeichnet werden.

Den Kreisgeschäftsführern wurden insgesamt 163 Einzelfragen gestellt, die sich grob in drei Rubriken unterteilen lassen:

- Das Service-Angebot des Konrad-Adenauer-Hauses
- Die Aufstellung der Kreisverbände
- Die Kommunikation mit den Mitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern.

Die einzelnen Ergebnisse sind einer intensiven Analyse sowohl im Konrad-Adenauer-Haus wie auch in einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesgeschäftsführers mit Vertretern aus den Landesverbänden Brandenburg, Hamburg, Hessen, CDU in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Thüringen unterzogen worden.

Auf Grundlage dieser Ergebnisse hat die o. g. Arbeitsgruppe Empfehlungen zur Stärkung der Organisationskraft der Gesamtpartei erarbeitet. Diese wurden durch den Bundesgeschäftsführer auf einer Sitzung der Landesgeschäftsführer-

Konferenz am 21. September 2011 vorgestellt und dort von den anwesenden Teilnehmern einstimmig befürwortet.

Diese Maßnahmen sind von Mitte September bis Anfang Oktober 2011 im Rahmen von Kreisgeschäftsführer-Konferenzen durch den Bundesgeschäftsführer vorgestellt worden und werden nun im weiteren Verlauf auf den jeweils zuständigen und betroffenen Gliederungsebenen der Partei weiter diskutiert und umgesetzt.

6.6 Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus

Von Dezember 2010 bis November 2011, besuchten über 90 Gruppen mit schätzungsweise 4 390 Bürgerinnen und Bürgern das Konrad-Adenauer-Haus.

Der größte Teil der Besuchergruppen (90 Prozent) wird über die Wahlkreisbüros der Abgeordneten des Deutschen Bundestages organisiert und vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung finanziert. Diese Gruppen setzen sich in der Regel zur Hälfte aus CDU-Mitgliedern und zur Hälfte aus interessierten Bürgern zusammen, die aus den jeweiligen Wahlkreisen kommen. Weitere fünf Prozent der Besucher setzen sich aus jüngeren Altersgruppen (JU, RCDS, Schüler, Studenten) zusammen.

Drei Prozent der Besuchergruppen kamen aus den Bundesvereinigungen der CDU und den Kreis- bzw. Gemeindeverbänden. Von den Bundesvereinigungen wurde die CDU-Bundesgeschäftsstelle, neben der bereits erwähnten Jungen Union, schwerpunktmäßig von der Frauen Union und der Senioren Union besucht.

Die restlichen zwei Prozent der Besuchergruppen setzen sich aus Architekten oder Besuchern aus Volkshochschulen, Verbänden und Akademien zusammen.

Nahezu alle Gruppen erhielten Gelegenheit zu einer Führung durch die Bundesgeschäftsstelle und daran anschließend zu einem Informationsgespräch entsprechend ihrer Themenwünsche. Sie wurden dabei durch Mitarbeiter aus allen Arbeitsbereichen des Konrad-Adenauer-Hauses betreut. Darüber hinaus konnten sich interessierte Schülerinnen am Girls' Day in einem gesonderten Informationsprogramm über die Arbeitsweise der Parteizentrale umfassend informieren.



7. MITGLIEDSCHAFT

7.1 Mitgliederwerbekampagne

In dem Berichtszeitraum ist die Mitgliederwerbekampagne „Farbe bekennen. Mitglied werden.“ fortgesetzt worden. Eine Trendumkehr in der Mitgliederentwicklung konnte bislang leider nicht festgestellt werden. Insbesondere die Eintrittszahlen haben sich nicht zufriedenstellend entwickelt. Während in den Jahren 2008 und 2009 jeweils rund 20 000 Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt werden konnten, Mitglied der CDU Deutschlands zu werden, waren dies im Jahr 2010 nur rund 12 000. Immerhin 30 Kreisverbände erreichten ein positives Jahressaldo. In vielen Verbänden ist aber eine deutliche Motivation und Bereitschaft spürbar, der Mitgliedergewinnung und Mitgliederpflege neue Impulse zu verleihen. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle will die Gliederungen hierbei unterstützen und dem Thema durch einen neuen frischen werblichen Auftritt zusätzliche Schubkraft verleihen. Daher wird zum 24. Parteitag am Stand der CDU-Bundesgeschäftsstelle eine neue bundesweite Kampagne zur Mitgliederwerbung vorgestellt.

Im Rahmen der Auswertung der durchgeführten Organisationsanalyse (siehe Punkt 6.5) sind außerdem die drei folgenden Maßnahmen beschlossen worden:

Gemeinsam mit den Landesverbänden ist auch die Wiederaufnahme dezentraler Schulungsveranstaltungen zur Mitgliederwerbung geplant. Bei diesen Veranstaltungen soll die Motivation der Mitgliederwerber gestärkt werden und die neuesten Erkenntnisse zu den Erwartungen und Bedürfnissen von Parteimitgliedern vermittelt werden. Die Schulungen sind für Mitgliederbeauftragte vor Ort, Funktions- und Mandatsträger sowie alle interessierten Mitglieder offen.

Um die von den CDU-Kreisverbänden benannten Mitgliederbeauftragten in ihrer Rolle und Bedeutung zu stärken, sollen diese zu einer gemeinsamen Konferenzveranstaltung nach Berlin eingeladen werden.

Des Weiteren wird 2012 der bundesweite Wettbewerb zur Mitgliederwerbung neu aufgelegt.

Bisherige Bestandteile der Mitgliederwerbekampagne

- **Materialien**

Neben dem Aufnahmeantrag im Scheckkartenformat ist ein Online-Leitfaden mit Hinweisen für Kreisverbände zur Konzeption einer Mitgliederwerbekampagne neu ins Angebot aufgenommen worden. Zur Ergänzung des Serviceangebotes der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Neumitglieder ist eine neue Informationsbroschüre sowie eine Servicemappe inklusive eines vorläufigen Mitgliedsausweises produziert worden. Alle weiteren Informationsmaterialien sind überarbeitet/aktualisiert worden.
- **Vorträge**

Im Berichtszeitraum sind auf Einladung von Landes-, Kreis-, Ortsverbänden sowie Bundesvereinigungen auf insgesamt 39 Veranstaltungen Vorträge zur Mitgliederwerbung gehalten worden. Diese Vorträge dienten auch der Unterstützung von Mitgliederwerbekampagnen in den Landesverbänden.
- **Rückholaktion**

Diese Aktion zur Unterstützung unserer Kreisverbände ist weiter intensiviert und fortgesetzt worden. Im Berichtszeitraum sind weitere rund 2 000 Telefonate von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Parteizentrale geführt worden.
- **Ehrung von Jubilaren**

Zur Unterstützung bei der Auszeichnung und Ehrung von 25-, 40-, 50- und 60-jährigen Parteimitgliedschaften wurden den Kreisverbänden zu Beginn des Jahres Glückwunschsreiben der Parteivorsitzenden bzw. des Generalsekretärs inklusive Ehrungsurkunden zugeleitet. Ein Servicepaket zur Ehrung von 65-jährigen Parteimitgliedschaften ist in Vorbereitung.

7.2 Mitgliederentwicklung

7.2.1 Mitgliedschaft insgesamt

Die Mitgliederentwicklung bleibt im Jahr 2011 auf dem Niveau des Vorjahres und liegt im August bei -1,76 Prozent.

Im Vorjahr ging die Mitgliederzahl bis zum August um 1,71 Prozent und im Gesamtjahr 2010 um 3,04 Prozent zurück.

Der demografische Effekt gewinnt weiter an Bedeutung. In mehreren Monaten des Jahres 2011 waren Todesfälle der häufigste Grund für Mitgliedslöschungen. Insgesamt begründet sich rund ein Drittel aller Mitgliedslöschungen durch Todesfälle.

Am 31. August 2011 hatte die CDU Deutschlands 496421 Mitglieder.

Die statistische Auswertung beruht auf den in der Zentralen Mitgliederdatei (ZMD) erfassten Daten.

7.2.2 Mitgliedschaft nach Alter und Geschlecht

| Alter | gesamt | Alte Länder | Neue Länder |
|--------------|--------|-------------|-------------|
| 16–24 Jahre | 2,1 % | 2,1 % | 2,1 % |
| 25–29 Jahre | 2,9 % | 2,9 % | 3,3 % |
| 30–39 Jahre | 8,7 % | 8,5 % | 10,5 % |
| 40–49 Jahre | 15,8 % | 15,6 % | 17,7 % |
| 50–59 Jahre | 18,8 % | 18,2 % | 24,7 % |
| 60–69 Jahre | 21,0 % | 20,9 % | 21,6 % |
| 70–... Jahre | 30,4 % | 31,5 % | 19,8 % |
| ohne Angaben | 0,3 % | 0,3 % | 0,2 % |

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 56,8 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 57,9 Jahren und das der männlichen bei 56,5 Jahren.

In der CDU Deutschlands sind 25,6 Prozent der Mitglieder (127 013) weiblich und 74,4 Prozent (369 408) männlich. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 25,3 und in den neuen Ländern bei 28,1 Prozent. Bei den Neueintritten liegt der Frauenanteil bei 29,3 Prozent.

7.2.3 Mitgliedschaft nach Regionen

| Landesverband | 31.12.2009 | 31.12.2010 | 31.08.2011 |
|------------------------|------------|------------|------------|
| Baden-Württemberg | 74 238 | 73 008 | 72 188 |
| Berlin | 12 700 | 12 745 | 12 431 |
| Brandenburg | 6 698 | 6 485 | 6 316 |
| Bremen | 3 181 | 3 137 | 3 026 |
| Hamburg | 9 330 | 9 479 | 8 879 |
| Hessen | 46 993 | 45 750 | 44 797 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 6 183 | 6 013 | 5 950 |
| Braunschweig | 6 174 | 5 896 | 5 846 |
| Hannover | 51 797 | 50 166 | 50 470 |
| Oldenburg | 12 787 | 12 524 | 12 621 |
| Nordrhein-Westfalen | 162 597 | 155 841 | 152 328 |
| Rheinland-Pfalz | 49 135 | 47 705 | 46 683 |
| Saarland | 20 377 | 19 732 | 19 251 |
| Sachsen | 12 964 | 12 531 | 12 313 |
| Sachsen-Anhalt | 8 222 | 7 977 | 7 781 |
| Schleswig-Holstein | 25 380 | 24 231 | 23 653 |
| Thüringen | 12 231 | 11 920 | 11 710 |
| Auslandsverband | 162 | 174 | 178 |
| Gesamt | 521 149 | 505 314 | 496 421 |

7.2.4 Mitgliedschaft nach Strukturen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, einen Regionalverband, 27 Bezirksverbände, 336 Kreisverbände und 11 104 Ortsverbände.

8. POLITISCHER ARBEITSKALENDER

24. November 2010, Berlin

- Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration
- Sitzung des Medienpolitischen Expertenkreises

26. November 2010, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik
- Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung des BACDJ
- Sitzung der Fachkommission Informationsrecht des BACDJ

29. November 2010, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

2. Dezember 2010, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik

9. Dezember 2010, Berlin

- Gemeinsame Sitzung der rechtspolitischen Referenten von BACDJ, CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der B-Länder

13. Dezember 2010, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

14. Dezember 2010, Berlin

- Sitzung des Gesprächskreises der Oberbürgermeister von CDU und CSU

15. Dezember 2010, Berlin

- Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Klima-, Umwelt- und Energiepolitik

16. Dezember 2010, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises Netzpolitik, Thema: Open Data

14. bis 15. Januar 2011, Mainz

- Klausurtagung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

20. Januar 2011, Berlin

- Konstituierende Sitzung des Gesprächskreises Kultur

21. Januar 2011, Berlin

- Konstituierende Sitzung des Gesprächskreises „Sport“ und Errichtung des Arbeitskreises „Breitensport/Sportentwicklung“ sowie des Arbeitskreises „Spitzensport“

24. Januar 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB
- Sitzung der Aussiedlerbeauftragtenkonferenz der CDU Deutschlands

28. Januar 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Familien, Senioren, Frauen und Jugend

7. Februar 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte

10. Februar 2011, Berlin

- Konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Innovation

10. Februar 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises Netzpolitik, Thema: Netzneutralität

11. Februar 2011, Berlin

- Konstituierende Sitzung der Kommission Bildung
- Sitzung des Bundesfachausschusses Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik

18. Februar 2011, Karlsruhe

- Offene Vorstandssitzung des BACDJ
- Sitzung der Fachkommission Informationsrecht des BACDJ

- Sitzung der Fachkommission Europarecht des BACDJ
- Sitzung der ACDJ an den obersten Gerichtshöfen des Bundes

19. Februar 2011, Karlsruhe

- Rechtspolitischer Kongress des BACDJ „Die offene Gesellschaft und das für alle geltende Recht“

20. Februar 2011, Berlin

- Bürgerschaftswahl in der Hansestadt Hamburg
- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

21. Februar 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und dem Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg, Christoph Ahlhaus

25. Februar 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises „Kampf gegen Extremismus/Islamismus/Terrorismus“ des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

28. Februar 2011, Berlin

- Sitzung der Kommission Bildung

1. März 2011, Stuttgart

- Konstituierende Sitzung der Kommission Mobilität

2. März 2011, Berlin

- Konstituierende Sitzung des Medienpolitischen Expertenkreises

14. März 2011, Berlin

- Sitzung der Kommission Bildung
- Pressekonferenz mit Vorstellung des Diskussionspapiers „Heimat gestalten – Programm für lebendige ländliche Räume“

20. März 2011, Berlin

- Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

21. März 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit der CDU-Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und Minister Dr. Reiner Haseloff MdL

24. März 2011, Berlin

- Sitzung der Arbeitsgruppe Bioenergie des Bundesfachausschusses Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

25. März 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises „Integration“ des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

27. März 2011, Berlin

- Landtagswahl in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz
- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

28. März 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit der CDU-Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und den Landesvorsitzenden Ministerpräsident Stefan Mappus MdL und Julia Klöckner MdB
- Sitzung der Kommission Bildung

31. März 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises Wissenschaft und Hochschule des Bundesfachausschusses für Bildung, Forschung und Innovation

7. April 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Klima-, Umwelt- und Energiepolitik

7. April 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises Netzpolitik, Thema: Rote-Linien-Gesetz

11. April 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB
- Sitzung der Kommission Bildung
- Sitzung des Bundesfachausschusses Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Sitzung des Arbeitskreises „Schule“ des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Innovation

13. April 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik
- Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik

14. April 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises „Modernes Ausländerrecht/Zuwanderungssteuerung“ des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

2. Mai 2011, Berlin

- Energiepolitisches Fachgespräch mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB, Chef-Bundeskanzleramt Ronald Pofalla MdB und Dr. Norbert Röttgen MdB, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Gemeinsame Sitzung des Bundesfachausschusses Klima-, Umwelt- und Energiepolitik und des Bundesfachausschusses Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik
- Sitzung des Arbeitskreises „Kampf gegen Extremismus/Islamismus/Terrorismus“ des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

9. Mai 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Beschluss: „Den Umstieg beschleunigen – Wegmarken in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien“
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

- Sitzung des Bundesfachausschusses „Bildung, Forschung und Innovation“

11. Mai 2011, Berlin

- Pressekonferenz und Präsentation des Diskussionspapiers „Politik für die Stadt der Zukunft“

12. Mai 2011, Berlin

- Sitzung der Fachkommission Umweltrecht des BACDJ

12. Mai 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises Netzpolitik, Thema: Jugendmedienschutz im Internet

13. Mai 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik
- Sitzung der Fachkommission Informationsrecht des BACDJ
- Sitzung des Medienpolitischen Expertenkreises

17. Mai 2011, Berlin

- Fachgespräch „Standortpolitik und Bürgerbeteiligung“ auf Einladung des Generalsekretärs Hermann Gröhe MdB

20. Mai 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Familien, Senioren, Frauen und Jugend

22. Mai 2011, Berlin

- Bürgerschaftswahl in Bremen
- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

23. Mai 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und Rita Mohr-Lüllmann MdBB

24. Mai 2011, Berlin

- MediaNight

25. Mai 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik

26. Mai 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Innovation

30. Mai 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

6. Juni 2011, Berlin

- Sitzung der Kommission Bildung

9. Juni 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Klima-, Umwelt- und Energiepolitik

9. Juni 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises Netzpolitik, Thema: Netzpolitische Aktivitäten auf EU-Ebene

10. Juni 2011, Berlin

- Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung des BACDJ
- Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des BACDJ

16. Juni 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises „Modernes Ausländerrecht/Zuwanderungssteuerung“ des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

17. Juni 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises „Integration“ des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

18. Juni 2011, Berlin

- Kreisvorsitzendenkonferenz mit Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

27. Juni 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands

- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

4. Juli 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB
- Sitzung des Gesprächskreises „Sport“
- Sitzung des Arbeitskreises „Breitensport/Sportentwicklung“
- Sitzung des Arbeitskreises „Spitzensport“

5. Juli 2011, Berlin

- Sitzung des Gesprächskreises „Kultur“

6. Juli 2011, Berlin

- Sitzung des Medienpolitischen Expertenkreises

8. Juli 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

18. Juli 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

13. August 2011, Berlin

- Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Mauerbaus

22. August 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

22. August 2011, Hamburg

- Bildungskonferenz für die Landesverbände Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein
- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB, Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB und Staatsminister Prof. Dr. Roland Wöllner MdL

30. August 2011, Berlin

- Sitzung der Fachkommission Umweltrecht des BACDJ

1. September 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises Netzpolitik, Thema: Datenschutz im Web 2.0

4. September 2011, Berlin

- Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern
- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

5. September 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und Minister Lorenz Caffier MdL
- Sitzung des Bundesfachausschusses Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik
- Sitzung des Medienpolitischen Expertenkreises

8. September 2011, Berlin

- Sitzung der Kommission Mobilität
- Sitzung der Fachkommission Europa des BACDJ

9. September 2011, Berlin

- Sitzung der Fachkommission Informationsrecht des BACDJ

14. September 2011, Wiesbaden

- Bildungskonferenz für die Landesverbände Hessen, Thüringen, nördliches Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen
- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB, Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB und Staatsminister Prof. Dr. Roland Wöllner MdL

15. September 2011, Berlin

- Konstituierende Sitzung der Kommission Europa

16. September 2011, Berlin

- Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung des BACDJ

- Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe Sicherungsverwahrung des BACDJ

- Sitzung der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des BACDJ

16. September 2011, Saarbrücken

- Bildungskonferenz für die Landesverbände Saar, südliches Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg
- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB, Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB und Staatsminister Prof. Dr. Roland Wöllner MdL

18. September 2011, Berlin

- Abgeordnetenhauswahl in Berlin
- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

19. September 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und dem Landesvorsitzenden Frank Henkel MdA

19. September 2011, Alsfeld

- Regionalkonferenz für die Landesverbände Hessen und Thüringen mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB und Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

20. September 2011, Berlin

- Berliner Gespräch: „Nachhaltiges Wachstum – Leben im 21. Jahrhundert“ mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und Generalsekretär Hermann Gröhe MdB
- Sitzung des Gesprächskreises der Oberbürgermeister von CDU und CSU

21. September 2011, Berlin

- Empfang anlässlich des Papstbesuches im Konrad-Adenauer-Haus

23. September 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Familien, Senioren, Frauen und Jugend

23. September 2011, Dortmund

- Regionalkonferenz für den Landesverband Nordrhein-Westfalen mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

24. September 2011, Oldenburg

- Regionalkonferenz für die Landesverbände Oldenburg, Braunschweig, Niedersachsen und Bremen mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

26. September 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte
- Sitzung des Gesprächskreises „Sport“
- Sitzung des Arbeitskreises „Breitensport/Sportentwicklung“
- Sitzung des Arbeitskreises „Spitzensport“

26. September 2011, Karlsruhe

- Regionalkonferenz für die Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

27. September 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitik

28. September 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik

28. September 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises Netzpolitik, Thema: Workshop Grundsätze der CDU-Netzpolitik

30. September 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik

30. September 2011, Neumünster

- Regionalkonferenz für die Landesverbände Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpom-

mern und Hamburg mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

4. Oktober 2011, Magdeburg

- Regionalkonferenz für die Landesverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt mit der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, und Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

10. Oktober 2011, Berlin

- Bildungskonferenz für die Landesverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt
- Pressestatement mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB, Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan MdB und Staatsminister Prof. Dr. Roland Wöllner MdB

12. Oktober 2011, Berlin

- Dialogveranstaltung „Stabiler Euro – Starkes Europa“
- Sitzung der Kommission Europa

17. Oktober 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

19. Oktober 2011, Berlin

- Fachtagung Bürokratieabbau mit BACDJ und Konrad-Adenauer-Stiftung

19. Oktober 2011, München

- Sitzung des Medienpolitischen Expertenkreises mit der CSU-Medienkommission

20. Oktober 2011, Berlin

- Sitzung des Arbeitskreises „Integration“ des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

24. Oktober 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

27. Oktober 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Klima-, Umwelt- und Energiepolitik

7. November 2011, Berlin

- Sitzung des Präsidiums
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB
- Sitzung des Gesprächskreises „Rohstoffsicherung und Ressourcenschonung“ mit Dr. Norbert Röttgen MdB, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

8. November 2011, Berlin

- Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik und Integration

13. November 2011, Leipzig

- Sitzung des Präsidiums
- Sitzung des Bundesvorstands
- Presseempfang

14. bis 15. November 2011, Leipzig

- 24. Parteitag der CDU Deutschlands
- Pressekonferenz mit Generalsekretär Hermann Gröhe MdB

Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de